

# GESELLSCHAFTSFORSCHUNG

Aktuelle Themen und Nachrichten

2|11



MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSFORSCHUNG  
MAX PLANCK INSTITUTE FOR THE STUDY OF SOCIETIES



## SCHWERPUNKT China

Chinas Entwicklungsdynamik gilt als Ausnahmeerscheinung, die erfolgreiche Geschäfte mit der Volksrepublik verheißt. Doch die strukturellen Hintergründe der Transformation vom Entwicklungsland zum Schrittmacher der Weltwirtschaft sind komplex. Der Staat schafft zwar die Grundlagen für den Kapitalfluss und ist selbst als Wirtschaftsakteur auf vielfältige Weise involviert. Punktgenaue zentrale Steuerung ist aber auch in China unmöglich: Landesgröße, Provinzgliederung und fünf Regierungsebenen verhindern das. Und die Abhängigkeiten Chinas vom Weltmarkt sowie extreme soziale Unterschiede begleiten die „Erfolgsgeschichte“. Der neue chinesische Kapitalismus trägt entgegen dem in Europa vorherrschenden Mythos universelle Züge kapitalistischer Modernisierung. → 05

■ PRESSESCHAU Wissenschaftler des MPIfG in den Medien	02	■ ZWEI PERSPEKTIVEN Gut beraten. Wie Wissenschaft (vielleicht) helfen kann, die Politik der Gesellschaft zu verbessern (W. Streeck und R.G. Heinze)	17
<b>SCHWERPUNKT</b>		■ NACHRICHTEN Evaluation der IMPRS-SPCE im April 2011	22
■ AUS DER FORSCHUNG China: Der kurze Marsch in den Kapitalismus (Tobias ten Brink)	05	■ NEUERSCHEINUNGEN Bücher, Journal Articles, Discussion Papers, Working Papers	25
■ GASTKOMMENTAR Der Mythos China (Geny Piotti)	09	■ VERANSTALTUNGEN Konferenzberichte und Vorschau 2012	29
■ FORSCHERPORTRAIT Die Brückenbauerin Christine Trampusch	13	■ Impressum	32

# PRESSESCHAU :

## Wissenschaftler des MPIfG in den Medien



Fritz W. Scharpf

### Zurück zu nationalen Währungen

Cicero online | 08.12.2011

Merkel will härtere Stabilitätskriterien in der EU durchsetzen, Frankreich fordert eine stärkere Rolle der EZB. Eine Änderung der europäischen Verträge zu diesem Zeitpunkt wäre einseitig und falsch, sagt der Politikwissenschaftler Fritz W. Scharpf im Cicero-online-Interview. Statt schärferer Stabilitätskriterien wünscht er sich vom EU-Gipfel, dass die Europäische Zentralbank verstärkt Staatsanleihen aufkaufen darf.

● <http://tinyurl.com/ScharpfCicero>

Fritz W. Scharpf

### Man kann Rührei nicht wieder trennen

FAZ | 29.11.2011

Ist die Euro-Krise die Chance, endlich ein demokratisches Europa zu gründen? Oder ist sie vielmehr der Beweis, dass es höchste Zeit ist, umzukehren und sich auf das nationale Eigene zurückzubesinnen? Die Euro-Krise, glaubt der emeritierte MPIfG-Direktor Fritz Scharpf, taue nicht als Vehikel zur Demokratisierung Europas.

Jens Beckert

### Wo Spitzenforscher zu Hause sind

WDR 5, Neugier genügt | 8.12.2011

1911 schlugen einflussreiche Wissenschaftspolitiker dem deutschen Kaiser vor, naturwissenschaftlich besonders begabten Forschern in eigenen Instituten die Möglichkeit zu bieten, frei von Lehrverpflichtungen ihren wissenschaftlichen Interessen nachzugehen.

Zugespitzt lautete die Idee, Institute um Spitzenbegabungen herum zu bauen. Aus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wurde nach dem Zweiten Weltkrieg die Max-Planck-Gesellschaft. Wer an einem der 80 Max-Planck-Institute arbeitet, darf sich glücklich schätzen.

● <http://tinyurl.com/BeckertWDR5>

Dominic Akyel

### Der Bestattungsmarkt im Wandel

hr2 Doppel-Kopf | 24.11.2011

Von Feuer- und Erdbestattungen, gesellschaftlichen Veränderungen und seinem Praktikum beim Bestatter: MPIfG-Soziologe Dominic Akyel im hr2-Radiointerview.

● <http://tinyurl.com/AkyelHR>

Sascha Münnich

### Die Geburt des Sparens aus dem Geist der Religion

MDR Radio, Figaro | 28.10.2011

Teil 1: Welche Rolle spielten Zinsen, also Einkommen ohne Arbeit, im Mittelalter? Der Soziologe Sascha Münnich untersucht, wie sich die Vorstellung vom gerechten Profit gewandelt hat. Teil 2: Heute finanzieren sich die Firmen nicht über Zinsen, sondern über Kredite. Es herrsche das Prinzip „Beleihung der Zukunft“. Doch Zukunft könne man nicht kalkulieren, so Sascha Münnich.

Daniel Mertens, Wolfgang Streeck

### Düstere neue Welt: Fiskalische Austerität und öffentliche Investitionen

Ökonomenstimme | 21.10.2011

Angeichts der anstehenden Welle von Konsolidierungsbemühungen in den meisten Industrieländern erscheinen die Aussichten auf eine Stärkung zukunftsorientierter Ausgaben düster. Dies wirft die dringende Frage auf, ob die Industriestaaten, mit all ihren öffentlichen Verpflichtungen und den gleichzeitig massiven Beschränkungen, das für die Zukunft ihrer zunehmend instabilen und heterogenen Gesellschaften Notwendige werden tun können.

● <http://tinyurl.com/MertensStreeckOekSt>

# PRESSESCHAU :

Guido Möllering

## Die Freiheit des Managers

FAZ | 17.10.2011

Manager entscheiden autonom – sagen die Ökonomen. Sie reproduzieren nur die Muster ihres Umfelds, sagen die Soziologen. Zwischen diesen beiden Polen liegt die Wirtschaftssoziologie: Guido Möllering weist auf die Wechselwirkung zwischen Unternehmen und Umfeld hin.

Dominic Akyel

## Wenn die Beerdigung zum Event wird

Die Zeit | 04.10.2011

Der Job des Bestatters wandelt sich. Was früher als pietätlos galt, schockiert heute niemanden mehr. Die Firmen müssen einfallreich sein, denn die Konkurrenz wächst. „Der Trend geht zur Wohnzimmeratmosphäre“, meint der Soziologe Dominic Akyel vom Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.

Fritz W. Scharpf

## Mit dem Euro geht die Rechnung nicht auf

MaxPlanckForschung | Heft 3/2011

Scheitert Europa, wenn der Euro kippt? Viele glauben das und versuchen, den Euro zu retten. Unser Autor hält dagegen: Wer mit dem Euro die europäische Integration bewahren will, der müsste die Eurozone auf den Kern der dauerhaft stabilitätsfähigen Mitglieder verkleinern.

● <http://tinyurl.com/ScharpfMPForschung>

Wolfgang Streeck

## Psychoterror: Die Märkte und die Staaten

Psychologie Heute | 10/2011

„Die Märkte“ haben, was die hochverschuldeten Staaten heute händeringend brauchen: Geld. Doch sie geben es ihnen nur, wenn sie ihnen „vertrauen“. MPIfG-Direktor Wolfgang Streeck erläutert, wie Erwartungen und Vertrauen, also Psychologie, die Wirtschafts- und Fiskalpolitik prägen.

Wolfgang Streeck

## Ist Italien noch zu retten?

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung | 25.09.2011

Die Kreditwürdigkeit Italiens schwindet. Einer Erholung steht die alte feudale Elite entgegen. Sie genießt

die Heimat und investiert auswärts. Ein Gastbeitrag von MPIfG-Direktor Wolfgang Streeck.

● <http://tinyurl.com/StreeckItalienFASZ>

Jens Beckert

## Wer hat Angst vor der Reichensteuer?

Domradio | 19.09.2011

Die Besteuerung von Erbschaften sei in Deutschland zu niedrig, meint der Kölner Gesellschaftswissenschaftler Jens Beckert.

Armin Schäfer

## Wählen? Ohne mich!

Der Tagesspiegel | 16.09.2011

Forscher prüfen, ob die sinkende Wahlbeteiligung die Demokratie gefährdet. „Je höher der Bildungsabschluss, desto höher ist auch die Wahrscheinlichkeit, dass jemand zur Wahl geht“, stellt Armin Schäfer vom Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung fest.

● <http://tinyurl.com/SchaeferTagesspiegel>

Jens Beckert und Wolfgang Streeck

## Die nächste Stufe der Finanzkrise

FAZ | 20.08.2011

Die Politik stehe beim Lösen der Schuldenkrise vor einer Verteilungsfrage, argumentieren Jens Beckert und Wolfgang Streeck vom Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln. Welche sozialen Gruppen zahlen für Ausgaben, die längst getätigt wurden?

● <http://tinyurl.com/BeckertStreeckFAZ>

Jens Beckert

## Mehr Zünder als Feuermelder

Handelsblatt | 10.08.2011

Der Präsident des Münchener Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, hat Ratingagenturen in einem Interview vergangene Woche mit Feuermeldern verglichen. Diese Analogie ist falsch, sagt Jens Beckert. Feuermelder schlagen Alarm, wenn es brennt. Sie geben keine Prognosen über die Wahrscheinlichkeit von Bränden, und auf das Feuer selbst haben sie keinen Einfluss.

# PRESSESCHAU :

Fritz W. Scharpf

## **Ist der Euro noch zu retten?**

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung | 24.07.2011  
Die aktuellen Sparprogramme ändern nichts an den Ursachen der Eurokrise, meint Fritz W. Scharpf. Der emeritierte Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln plädiert für eine differenzierte Geldpolitik oder eine Verkleinerung des Euro-raums.

● <http://tinyurl.com/ScharpfFAZ>

Jens Beckert

## **Die Macht der großen Ratingagenturen**

FAZ | 10.07.2011  
Ratingagenturen sind wie Kunstkenner oder Weingurus. Anmaßend, umstritten und unersetzlich. Solche Bewerter schaffen de facto selbst Märkte und bestimmen über Preise.

● <http://tinyurl.com/BeckertFAZ>

Leonhard Dobusch und Sigrid Quack

## **Auf dem Weg zur Wissensallmende?**

Aus Politik und Zeitgeschichte | 08.07.2011  
MPIfG-Soziologin Sigrid Quack erklärt die Möglichkeiten und Probleme, die alte Idee der gemeinsamen Güternutzung beim heutigen, gesellschaftlichen Wissensbestand anzuwenden.

Martin Höpner

## **Auch für Unternehmen mit ausländischer Rechtsform soll die Mitbestimmung gelten**

VDI Nachrichten | 10.06.2011  
Vor 60 Jahren trat die Montanmitbestimmung in Kraft. Daran will jetzt die SPD anknüpfen und die ökonomische und rechtliche Gleichstellung von Kapital und Arbeit erwirken. Entscheidender Punkt des SPD-Antrags ist für Martin Höpner vom Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, dass die Mitbestimmung auch auf Unternehmen mit ausländischer Rechtsform ausgedehnt werden soll.

Jens Beckert

## **Der Staat erbt mit**

WDR 5 Zeitzeichen | 03.06.2011  
3. Juni 1906: In Deutschland wird das Erbschaftssteuer-gesetz erlassen. Die Erträge flossen fortan in die Auf-rüstung und dienten dazu, Etatlöcher zu stopfen. Jens Beckert, Direktor am Max-Planck-Institut für Gesell-schaftsforschung, über die Geschichte der Erbschafts-steuer.

● <http://tinyurl.com/BeckertZeitzeichen>

Philip Mader

## **Microfinance for water and sanitation: Lofty dream or wave of the future?**

microfinancefocus.com | 30.05.2011  
There are those who worry, as in the case of Philip Mader in his paper "Attempting the Production of Public Goods through Microfinance: The Case of Water and Sanitation," that "microfinance for water and sanitation tackles the symptoms, not causes, of the underprovision of water and sanitation to the poor."

Diese und weitere aktuelle Beiträge unter  
[www.mpifg.de/aktuelles/mpifg\\_medien\\_de.asp](http://www.mpifg.de/aktuelles/mpifg_medien_de.asp)

# AUSDERFORSCHUNG :

## China: Der kurze Marsch in den Kapitalismus

Projekt: Tobias ten Brink | Text: Birgit Fenzel

China hat in den vergangenen 40 Jahren eine rasante Aufholjagd hingelegt, um zu den Industriationen aufzuschließen. Heute ist die Volksrepublik die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt. Tobias ten Brink untersucht, wie es zu diesem Wirtschaftsboom kam und welche Faktoren zur Destabilisierung des chinesischen Erfolgsmodells führen können.

Als der chinesische Premier Wen Jiabao Mitte Juni 2011 mit 13 Ministern Deutschland besuchte, war das Echo in der deutschen Presselandschaft groß. Nahezu täglich berichteten die Zeitungen über den Stand der Dinge in den deutsch-chinesischen Beziehungen. Allerdings selten, ohne dabei den Umgang mit Menschenrechten und Umweltsünden in dem asiatischen Land anzusprechen. Das sei ja soweit in Ordnung – schließlich gebe es diese Missstände in dem Einparteiensstaat tatsächlich, meint der Chinaforscher Tobias ten Brink. „Aber wenn deutsche Medien die Arbeitsbedingungen in China kritisieren oder die Rohstoffgier als Bedrohung inszenieren und dabei vergessen zu erwähnen, dass auch und gerade westliche Konzerne hiervon profitieren, ist das doch sehr einseitig“, so der Politikwissenschaftler.



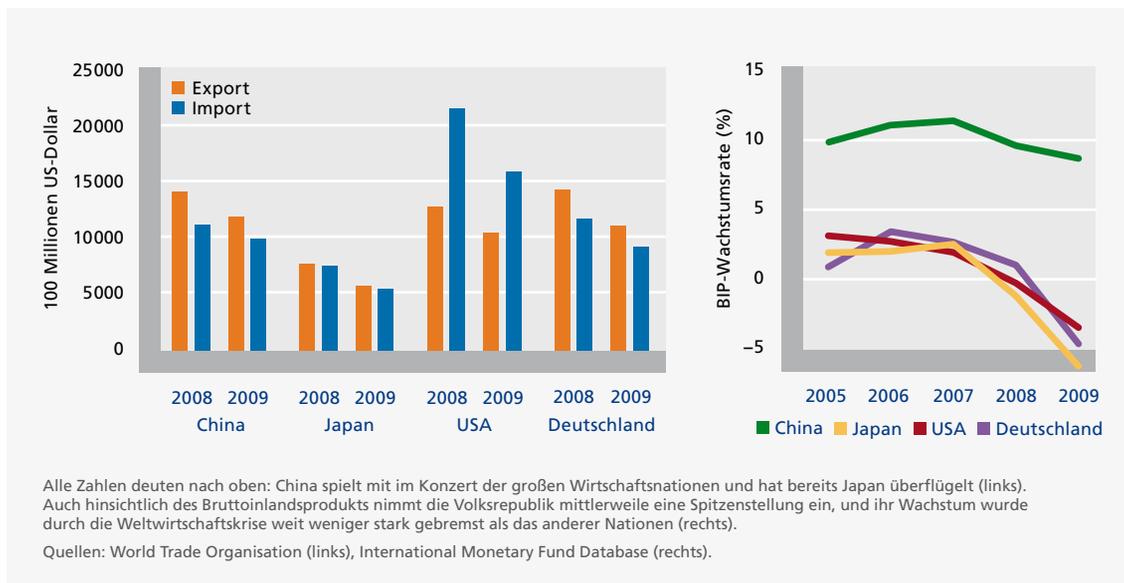
Ohne die ausländischen Direktinvestitionen wäre die Kehrtwende von Mao zur Marktwirtschaft ökonomisch kaum so erfolgreich gewesen. Im Zuge der Globalisierung hatten viele westliche Industrien die Gunst der Stunde erkannt und in China investiert. Seitdem dienen viele Produktionsstätten des Festlandes als billige Werkbänke für Endprodukte, die im Auftrag europäischer, amerikanischer oder ostasiatischer Unternehmen zu Dumpinglöhnen zusammengeschraubt werden. „Den Großteil der Gewinne erzielen die multinationalen

Konzerne, nicht die lokalen Produzenten oder Zulieferer“, so der Forscher. Letztlich haben aus dieser Entwicklung aber dennoch nicht nur die multinationalen Konzerne Kapital geschlagen. Die Investitionen und Steuereinnahmen versetzten die Volksrepublik China in die Lage, eine rasante Aufholjagd hinzulegen. In nur 40 Jahren verwandelte sich das Entwicklungsland in eine Zugmaschine der globalen Wirtschaft. Inzwischen sind die Chinesen nicht nur Exportweltmeister, sondern bauen diese Spitzenposition weiter aus.

„ In nur 40 Jahren verwandelte sich das Entwicklungsland in eine Zugmaschine der globalen Wirtschaft. “

Doch Wirtschaftsexperten sind sich darüber einig, dass die niedrigen Arbeitskosten nicht allein der Grund für die deutliche Zunahme der ausländischen Direktinvestitionen sein können. „Der Erfolg Chinas hängt zu einem großen Teil mit Faktoren zusammen, die nicht von der chinesischen Machtelite beeinflusst wurden, sondern auf günstigen weltwirtschaftlichen und ostasiatischen Konstellationen beruhen“, sagt ten Brink. „Die Chinesen sahen

# AUSDERFORSCHUNG:



und sehen deshalb so gut aus, weil die anderen so schlecht dastanden und dastehen“, beschreibt der Forscher die Situation in den 1990er-Jahren und danach, als viele westliche Anleger Taschen voll Geld hatten und nicht so recht wussten, wohin damit. „Damals grassierte ein Anlagenotstand: Zu viel Kapital stand wenigen lohnenden Investitionen gegenüber, weshalb die Investitionsquote in Europa, Nordamerika und Japan entsprechend gering war.“ Hingegen versprachen sich die Investoren in dem aufstrebenden asiatischen Entwicklungsland bei allen Risiken, die es dort noch gab, höhere Profite.

## Chinas Vorteil der Rückständigkeit

Dabei lief das Hauptgeschäft von Anfang an über den Export in die alten Zentren des Kapitalismus. Dies unterscheidet das Land etwa von den USA. Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes basierte dort seit den 1990er-Jahren deutlich mehr auf kreditfinanziertem Konsum und damit auf Pump denn auf Investitionen. Der chinesische Aufschwung verlief dagegen laut ten Brink spiegelverkehrt: „Der Boom beruhte auf einer beispiellos hohen Investitionsquote und einer vergleichsweise geringen internen Konsumquote.“ Zusätzlich habe China den Vorteil der Rückständigkeit für sich entdeckt. Der Computerhersteller Lenovo, der als Marktführer Mitbewerber wie DELL oder Apple die Kundschaft abspenstig macht, ist dabei nur ein Beispiel für die erfolgreiche Aufholjagd durch Adaption bestehender Techniken und Verfahren.

„ Der chinesische Aufschwung beruhte auf einer beispiellos hohen Investitionsquote und einer vergleichsweise geringen internen Konsumquote. “

Als weiteren wichtigen Faktor der Wachstumsdynamik der chinesischen Wirtschaft nennt Tobias ten Brink die starke Einmischung des Staates in die Ökonomie: „Gerade das macht China so spannend für die Vergleichende Politische Ökonomie, die sich mit den Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in unterschiedlichen Ländern und Regionen befasst: Die in den Sozialwissenschaften üblicherweise vorgenommene Trennung von Wirtschaft und Politik existiert in China noch weniger als in liberalen Marktwirtschaften.“

# AUSDERFORSCHUNG:

## Der Staat schafft die Grundlagen für den Kapitalfluss

In China spielt der Zentralstaat eine entscheidende Rolle, indem er über die Verwaltung und die Rechtsetzung hinaus die Grundlagen für den Kapitalfluss schafft – indem er etwa eine funktionierende Infrastruktur im Transport-, Energie- und Kommunikationssektor zur Verfügung stellt. Außerdem kontrolliert er nicht nur wichtige Industrieunternehmen und Schlüsseltechnologien, sondern dirigiert auch in die Geldgeschäfte und Investitionen der größten Banken hinein. Die gewaltigen Konjunkturprogramme, die während der Weltwirtschaftskrise 2008 und 2009 aufgelegt wurden, seien ein Beispiel für den „erheblichen wirtschaftspolitischen Spielraum“, über den Peking durch die Kontrolle des Geldes verfügt. Als in der Krise auch der chinesische Wirtschaftsmotor ins Stottern geriet, veranlasste die Regierung das im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt größte Konjunkturpaket der Welt: umgerechnet rund 460 Milliarden Euro. Dies habe nicht nur die einheimische Wirtschaft vor dem Fall bewahrt, so ten Brink. „Damals erwies sich China als Rettungsanker der Weltwirtschaft.“

„ In der Krise 2008 und 2009 erwies China sich als Rettungsanker der Weltwirtschaft. “

Weil dieser staatliche Interventionismus, verbunden mit einem ausgeprägten marktliberalen Unternehmergeist, sich mehr an makroökonomischen Erfolgsparametern orientiere als an den Bedürfnissen der Bevölkerung, könnte ten Brink zufolge das System nicht das sein, was der Kommunistischen Partei Chinas vorschwebte, als sie „sozialistische Marktwirtschaft“ als offiziellen Kurs vorgab. „Vielmehr ist in China eine neuartige Variante des Kapitalismus entstanden, ein wettbewerbsgetriebener Staatskapitalismus, der in sich äußerst heterogene Produktionsregime, Unternehmenstypen und staatliche Politiken vereint. Dessen Wachstumserfolge müssen eigentlich jeden Verteidiger des freien Marktes verstummen lassen.“

## Die Abhängigkeit vom Weltmarkt bleibt bestehen

Das bedeutet aber nicht, dass es keine Destabilisierungsgefahren gibt. „Die extrem hohe Abhängigkeit vom Weltmarkt bringt erhebliche Gefährdungen mit sich.“ Welche negativen Auswirkungen diese Abhängigkeit hat, wurde schon in den Jahren 2008 und 2009 spürbar, als infolge der globalen Krise und des Endes des Konsumbooms in den Mitgliedsstaaten der OECD die chinesischen Exporte um ein Viertel zurückgingen. „Bei der vorwiegend für den Weltmarkt produzierenden Elektronik- und Textilindustrie, aber auch in anderen Sektoren ging die Zahl der Entlassungen in die Millionen. Dazu kam, dass die finanziellen Ressourcen für ausländische Investitionen durch die Kreditkrise geringer wurden“, sagt Tobias ten Brink. Die naheliegende Idee, durch eine Stärkung des Binnenmarkts die starke Abhängigkeit der chinesischen Wirtschaft vom Weltmarkt zu beenden, bringt für die Regierung ein anderes Problem mit sich. „Dazu müssten die Löhne erheblich angehoben und die sozialen Sicherungssysteme



# AUSDERFORSCHUNG:

massiv ausgebaut werden. Doch das wiederum würde aus Sicht großer Teile der Machteliten die niedrigen Arbeitskosten und Steuern als wichtigste Wettbewerbsvorteile Chinas eliminieren.“

Ein weiteres Problem sieht der Wissenschaftler im politischen System selbst begründet. Auch wenn sich das Gerücht über China als einen von der Kommunistischen Partei von oben nach unten durchdirigierten Einheitsstaat hartnäckig halte, präsentiere sich in Wirklichkeit ein ganz anderes Bild. „Schon allein die Koexistenz von 22 Provinzen, 5 autonomen Regionen und 4 Städten mit dem Status einer Provinz stellt ein ziemlich disparates Gebilde dar“, beschreibt er die vielfältige Realität in China, die dadurch eher die Züge eines fragmentierten Parteienstaates habe als die einer strikten Diktatur. Darüber hinaus erweise sich durch die Aufteilung in 5 Regierungsebenen eine Detailsteuerung als unmöglich. Entsprechend groß sei die Rolle der lokalen Regierungsbeamten und Behördenvertreter. Nach ten Brinks Beobachtung beschränken sich diese nicht nur auf reine Verwaltungsakte, sondern beteiligen sich auch am Wirtschaftsleben ihrer Region. „Praktisch fördern sie nicht nur, sondern ersetzen auch wirtschaftliche Aktivitäten und entwickeln dabei ähnliche Kompetenzen wie Unternehmer“, zudem verfügen „etwa 90 Prozent der reichsten 20.000 Chinesen über sehr gute, häufig verwandtschaftliche Beziehungen zu hohen Regierungs- oder Parteifunktionären.“

„ Die Volksrepublik China hat eher die Züge eines fragmentierten Parteienstaates als die einer strikten Diktatur. “

Dabei unterstützten auch Korruption und Bestechung die vielfältigen Allianzen zwischen Unternehmen, Partei und Staat, wobei die regionale Wirtschaftsförderung im Mittelpunkt steht. Dadurch sei ein geschäftiger Wettbewerb etwa zwischen den Stadtregierungen entstanden, die versuchten, möglichst viele Subventionen oder Investoren für ihre Region zu gewinnen. Doch hat diese Form der innerchinesischen Standortkonkurrenz auch ihre Kehrseiten: „Es sind Probleme der Überinvestition sowie der Verdopplung von Investitionen festzustellen, die aus der anarchischen Konkurrenz entstehen.“ Zudem drohen Spekulationsblasen an den Immobilienmärkten zu platzen und sich Kredite zunehmend als „faul“ herauszustellen.

## Die Konjunktur ist durch soziale Unterschiede gefährdet

Sollte die weltweite Konjunktur nicht im erwarteten Maße anziehen, ist Gefahr für das ganze System im Verzug. Das habe auch die Regierung in Peking erkannt. Denn schon seit einiger Zeit versucht sie, die Kreditvergabe zu reduzieren. Doch die chinesische Lokomotive verhält sich dem Gesetz der Masse folgend mit einem langen Bremsweg. Als Sand im Getriebe könnten sich auch und gerade die enormen sozialen Unterschiede im bevölkerungsreichsten Land der Welt erweisen. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt hat China Japan als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt abgelöst. Doch sagt allein der BIP-Wert nichts über die Wohlstandsverteilung innerhalb eines Landes aus, da die Einkommensunterschiede bei seiner Bemessung keine Rolle spielen. „Neueren Schätzungen zufolge verfügen 0,4 Prozent der Haushalte über 70 Prozent des Reichtums. Der Lohnanteil am BIP ist von 53 Prozent im Jahr 1992 auf unter 40 Prozent gesunken“, sagt ten Brink. Damit steht in China eine vergleichsweise geringe Zahl von Menschen aus wirtschaftlichen und politischen Eliten Millionen gewöhnlicher Werktätiger gegenüber. Unter ihnen gibt es viele, die als niedrig bezahlte Wanderarbeiter auf der Suche nach Arbeit herumziehen. Jahrzehntlang hätten sie das Rückgrat der chinesischen Wirtschaftsentwicklung gebildet und schweigend zu Dumpinglöhnen am Fließband Waren für den Westen montiert.

## AUSDERFORSCHUNG:



Doch immer häufiger gehen Menschen auf die Straße, um gegen die herrschenden Ungerechtigkeiten zu protestieren. Nach Auffassung des Kölner Forschers hängt das Erwachen von Widerstand mit einem Verhaltenswandel an der gesellschaftlichen Basis zusammen. „Die Wanderarbeiter siedeln sich in den Städten an und entwickeln soziale Ansprüche“, so ten Brink. „Bei der Streikwelle im Sommer 2010 in der Provinz Guangdong wurden offensiv Forderungen nach besserer Bezahlung gestellt, die beteiligten Arbeiter hielten Versammlungen ab und wählten eigene Delegierte.“

„ Knapp ein halbes Prozent der Haushalte besitzt über 70 Prozent des Reichtums. “

Der Regierung seien die Destabilisierungsgefahren solcher Tendenzen offenbar bewusst. Doch zeigten ihre Reaktionen das tiefe Dilemma, in dem sie steckt: „Eingeklemmt zwischen dem öffentlichen Versprechen, den Konsum zu stärken und die soziale Sicherung auszubauen, womit nicht zuletzt die wachsenden Ansprüche der arbeitenden Bevölkerung befriedigt werden sollen, und dem fortdauernden Glauben an die mit niedrigen Löhnen verbundenen Wettbewerbsvorteile, schwankt die Staatsführung zwischen ausgleichend-autoritativen und desorganisiert-despotischen Formen des Krisenmanagements“, beschreibt ten Brink das Spannungsfeld hinter den Kulissen des Wirtschaftserfolges.

Auf Druck reagiert die Regierung mit Gegendruck, aber auch mit Gesetzen und realen Programmen, wie etwa den Bestimmungen zur Heraufsetzung des Mindestlohns oder dem Ausbau sozialpolitischer Infrastrukturen. Dafür wurden offiziellen Angaben zufolge 20 Prozent der umgerechnet 460 Milliarden Euro aus dem Konjunkturpaket investiert. Mit diesem Geld habe die Regierung Sozialversicherungsprogramme nach westlichem Muster vorangetrieben, sagt ten Brink. Nach seiner Ansicht stellen diese Bemühungen, einen sozialpartnerschaftlichen Interessenausgleich zu schaffen, einen Beweis dafür dar, dass die Staatsparole von einer „harmonischen Gesellschaft“ mehr als ein bloßes Lippenbekenntnis ist.

Allerdings greifen solche Maßnahmen zu kurz. „Weder ließ sich damit die Welle von Protesten eindämmen noch die Stärkung des Binnenmarktes garantieren.“ Vor allem aber fehle es an funktionsfähigen Arbeitnehmervertretungen. Sofern diese überhaupt in den Betrieben vor Ort zu finden seien, träten die Repräsentanten der staatlichen Gewerkschaften eher als „Co-Manager und Organisatoren von Freizeitaktivitäten“ in Erscheinung denn als Interessenvertreter der Arbeitnehmer. Ihre enge Anbindung an den Parteistaat verhindere eine unabhängige Gewerkschaftsarbeit.

# AUSDERFORSCHUNG:

## Kapitalismus ohne Krisen?

Zwar geht der Forscher nicht von einem bereits absehbaren Ende der chinesischen „Erfolgsgeschichte“ aus. „Die Gefahren sind aber trotzdem real“, betont er. „Genauso wie es viele günstige Umstände waren, welche die Wirtschaft dynamisierten, gibt es Schattenseiten, die das genaue Gegenteil auslösen können.“ Dabei könnten sich die Faktoren, die das chinesische Wirtschaftswunder vorangetrieben haben, als ebenjene Zentrifugalkräfte erweisen, die es aus der Kurve werfen. Neben der Abhängigkeit vom Export und den Schwankungen des Weltmarktes hält Tobias ten Brink die sozialen Ungerechtigkeiten für besonders risikoträchtig.

Alles in allem, so ten Brink, sei China keineswegs eine große Ausnahmeerscheinung. „Die Behauptung, China ist China und folglich mit nichts zu vergleichen, ist ein Mythos.“ Den Vergleich zu anderen Kapitalismen zu suchen betrachtet er demzufolge als wichtigen Teil seiner Aufgabe als Politikwissenschaftler. Ihm geht es nicht allein um spannende Details, sondern auch um Beweise dafür, dass in China universelle Züge der kapitalistischen Modernisierung identifiziert werden können. Und dabei erweise sich einmal mehr, dass „ein Kapitalismus ohne Krisen und soziale Widersprüche nicht zu haben ist. Das gilt auch für den neuen chinesischen Kapitalismus“.



Tobias ten Brink

ist seit 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung und arbeitet an seinem Forschungsprojekt „Die chinesische Spielart des Kapitalismus in transnationaler Perspektive“ mit dem Ziel, das theoretische Instrumentarium der vergleichenden Kapitalismusforschung für ein Verständnis des chinesischen Systems nutzbar zu machen. Ten Brink studierte Politikologie und Gesellschaftswissenschaften an der Goethe-Universität Frankfurt. Nach seiner Promotion im Jahr 2007 lehrte er dort im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften.

### Zum Weiterlesen

ten Brink, T. (Hg):  
*Globale Rivalitäten. Staat und Staatensystem im globalen Kapitalismus.* Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2011.

ten Brink, T.:  
*Strukturmerkmale des chinesischen Kapitalismus.* MPIfG Discussion Paper 10/1. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln 2010.  
[www.mpifg.de/pu/mpifg\\_dp/dp10-1.pdf](http://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp10-1.pdf)

ten Brink, T.:  
*Chinas neuer Kapitalismus. Wachstum ohne Ende?* Aus Politik und Zeitgeschichte 39, 9–15 (2010).

Naughton, B.:  
*The Chinese Economy. Transitions and Growth.* MIT Press, Cambridge 2007.

# GASTKOMMENTAR :

## Der Mythos China

Geny Piotti

**Der chinesische Kapitalismus hält die Türen für ausländische Investoren geöffnet und lockt mit Arbeitsplätzen zu Dumpinglöhnen. Doch einfach ist es nicht, Produktionen nach China auszulagern. Warum deutsche Investoren trotzdem dem Mythos folgen, erklärt Geny Piotti.**

In den letzten Jahrzehnten sind die deutschen Auslandsdirektinvestitionen in Entwicklungsländer, insbesondere China, deutlich gestiegen. Sogar die neueste Finanzkrise scheint Unternehmen, die in China präsent sind, nicht von einem neuen Engagement abgehalten zu haben. Gleichzeitig zeigen Studien, dass im täglichen Geschäft in China unerwartete Schwierigkeiten auftreten, die die Wirtschaftlichkeit der ausländischen Unternehmen möglicherweise beeinträchtigen können. Neueste Daten über die Rentabilität von Unternehmen in China lassen sich zumindest nicht eindeutig interpretieren. Betont die Deutsche Außenhandelskammer optimistisch, dass mehr als die Hälfte, 52,9 Prozent, der Unternehmen innerhalb der ersten drei Jahre ihrer Präsenz in China rentabel geworden sind, kann aus dieser Studie auch eine anderslautende Botschaft herausgelesen werden. Immerhin brauchen 47,1 Prozent der Unternehmen länger als vier Jahre, um rentabel zu wirtschaften. Etwa 10 Prozent der Unternehmen warten noch immer auf den Erfolg in China. Bis in China profitabel produziert werden kann, vergeht, wenn es überhaupt gelingt, oft ein langer Zeitraum.

„ Gerade die Vorteile, die sich Unternehmen von China versprechen, erweisen sich erstaunlicherweise häufig als die größten Probleme. “

Gerade die Vorteile, die sich Unternehmen von China versprechen, erweisen sich erstaunlicherweise häufig als die größten Probleme. Anstatt mit konstant niedrigen Arbeitskosten werden sie mit steigenden Kosten konfrontiert, da es den Firmen schwerfällt, qualifizierte Mitarbeiter zu finden und zu behalten, insbesondere in und um Großstädte wie Peking und Shanghai. Die Erwartungen an den riesigen chinesischen Absatzmarkt werden oft durch die gewaltige Konkurrenz von anderen ausländischen Unternehmen sowie von chinesischen Firmen gebremst, die teilweise über politischen Schutz verfügen, nicht zuletzt, wenn es um Fragen des Rechts am geistigen Eigentum geht.

Der Mythos China ist nicht ausschließlich ein zeitgenössisches Phänomen. Der Traum vom unersättlichen chinesischen Markt gehörte schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts zum westlichen Chinabild. Bereits der britische Chefunterhändler in Nanjing, Sir Henry Pottinger, hatte geglaubt, mit der Vertragsunterzeichnung durch das britische Königreich einen so großen Markt erschlossen zu haben, dass alle Baumwollfabriken aus Lancaster nicht genügend Stoff herstellen könnten, um die Nachfrage aus nur einer einzigen chinesischen Provinz abdecken zu können. Diese Erwartungen erfüllten sich zur Enttäuschung der britischen Kaufleute nie. Wie kam es aber dazu, dass der Mythos China in der heutigen Phase des westlichen Kapitalismus erneut kreiert wurde?



## GASTKOMMENTAR :

Eine Antwort auf diese Frage liefert die Analyse der sozioökonomischen Prozesse, die in den letzten Jahrzehnten deutsche Unternehmen dazu veranlasst haben, Investitionen in China zunehmend als positiv und notwendig für den wirtschaftlichen Erfolg zu betrachten und dabei ein Wunschdenken über Geschäfte in China zu fördern. Unternehmensnetzwerke – das A und O der heutigen Organisation der Industrieproduktion – garantieren nicht nur Flexibilität in den Produktionsprozessen. Sie können auch Druck ausüben. Kleine und mittelständische Unternehmen, die in Lieferketten operieren, sind beispielsweise gezwungen, sich in China zu engagieren, weil ihre Kunden zukünftige Geschäftskooperationen infrage stellen können, wenn die Auftragnehmer nicht bereit sind, sie auch in China zu beliefern.

Unternehmen können aber auch entscheiden, in China zu investieren, weil Firmen in ihrem Netzwerk das ebenfalls zunehmend tun und dies mit der Hoffnung auf einen Prestigegewinn verbunden ist. Egal welcher Druck – der der Kunden oder der des Netzwerks – innerhalb des Entscheidungsprozesses von Unternehmen auch überwiegen mag: Unternehmen müssen ihre Entscheidungen intern und öffentlich rechtfertigen. Sie müssen sich selbst davon überzeugen, dass sie eine gute Entscheidung gefällt haben, gerade wenn sie „gezwungen“ gewesen sind, sie zu treffen.

Wer waren nun die Akteure, die zum positiven Chinabild beigetragen haben? Mit dem Ziel ausländische Investitionen nach China zu locken, ist die chinesische Politik sicherlich sehr aktiv dabei gewesen, den ausländischen Wirtschaftsdelegationen die glitzernden Seiten des Landes zu zeigen und die Effizienz der chinesischen Bürokratie bei der Bereitstellung von Produktionsinfrastrukturen zu beweisen. Überwiegend allerdings muss der Mythos China als „made in Germany“ angesehen werden: Der öffentliche Diskurs in Deutschland hat die Notwendigkeit von Standortverlagerungen damit begründet, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu erhalten. China wurde als kostengünstiges Land und riesiger Absatzmarkt für deutsche Produkte beschrieben. Mögliche produktionsbedingte Probleme sind dabei weitgehend ausgeklammert worden.



Geny Piotti

ist seit 2011 Science Officer der European Cooperation in Science and Technology – COST. Nach ihrem Studium in Politikwissenschaften und Soziologie an den Universitäten Florenz und Brescia promovierte sie 2002 im Fach Wirtschaftssoziologie an der Universität Brescia. Von 2005 bis 2010 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am MPIfG.

### Zum Weiterlesen

Deutsche Außenhandelskammer:  
German Business in China. Business Confidence Survey 2011. [http://china.ahk.de/fileadmin/ahk\\_china/Marktinfo/Studies/AHK\\_China\\_-\\_Business\\_Confidence\\_Survey\\_-\\_September\\_2011.pdf](http://china.ahk.de/fileadmin/ahk_china/Marktinfo/Studies/AHK_China_-_Business_Confidence_Survey_-_September_2011.pdf)

Piotti, G.:  
*Cost Reduction through Relocation, or the Construction of Myths in Discourse. Competition and Change* 13, 3, 305–326 (2009).

Piotti, G. :  
*Deutsche Unternehmen im Reich der Mitte*. In: A. Al-Laham et al. (Hg.), *Internationale Unternehmungen und das Management ausländischer Tochtergesellschaften*. Gabler, Wiesbaden, 85–113, 2011.

Schmitt, S.:  
*Shanghai-Promenade. Spaziergänge zwischen den Zeiten*. VVB Lauferweilen Verlag, Gießen 2004.

# FORSCHERPORTRAIT :

## Die Brückenbauerin

Die Ex-Max-Planck-Forscherin Christine Trampusch kehrt nach Köln zurück. Sie soll eine Brücke von der Universität in Köln zum MPIfG schlagen. Ein Vorhaben mit offenem Ausgang.

### Christine Trampusch



ist seit Juli 2011 Inhaberin des Lehrstuhls International Vergleichende Politische Ökonomie und Wirtschaftssoziologie an der Universität zu Köln. Diese sogenannte Brückenprofessur ist eine wichtige Schnittstelle in der Zusammenarbeit des MPIfG mit der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln. Christine Trampusch hatte bis dato eine Assistenzprofessur für Vergleichende Politik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern inne und war von 2001 bis 2007 wissenschaftliche Mitarbeiterin am MPIfG.

Die Wege der Christine Trampusch waren immer eigensinnig. Erst im letzten Augenblick entscheidet sie sich nach dem Abitur dazu, Politikwissenschaften und Volkswirtschaft an der Uni Regensburg zu studieren. „Ich wollte eigentlich Tiermedizin studieren oder Biologie, ich war damals in einem Naturschutzverband aktiv.“ Nach der Uni wechselt sie zu den bayerischen Arbeitgeberverbänden. Sie untersucht und evaluiert deren arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Das ist die solide empirische Basis, von der sie nach Göttingen weiterzieht, in eine Graduiertenschule der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Sie vergleicht – hoch gelobt – die Transformation öffentlicher Arbeitsverwaltungen in Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden. Später bewirbt sich Christine Trampusch am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln. „Eher zufällig“, sagt sie. Ein Freund habe sie auf die

Christine Trampusch ist keine, die große Worte macht. Sie trifft lieber genau. Mit kurzen Sätzen. Oder mit Randbemerkungen. Als man sie euphorisch begrüßt in den Hallen der Kölner Gesellschaftsforscher von Max Planck, da fallen ganz viele der großen Worte. Es ist eine kleine Festrede auf Trampusch: Endlich sei es gelungen, sie aus ihrem Schweizer Exil wieder nach Köln zurückzuholen. Man habe lange um sie gekämpft. Solche Schwärmereien lässt da einer über die Rückkehrerin vom Stapel. „Vielen Dank auch für den Streuselkuchen“, wird die junge Professorin danach knapp die Eloge einsortieren. „Das nächste Mal gehen wir zu mir an die Uni.“

Wir schreiben Oktober 2011. Eine Brücke wird geschlagen. Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung begrüßt Christine Trampusch – obwohl diese doch ordentliche Professorin der Universität zu Köln ist. Dort berufen, bezahlt und belegt. MPIfG und Uni haben sich verknüpft durch die Professorin Christine Trampusch, zurückgeholt aus der Schweiz. Trampusch, 41, Kelheimerin von Geburt, profunde Kennerin des Sozialstaats, hat in der Ecke ihres Büros an der Universität ein Bild aus Bern stehen. Darauf geht sie mit ihrem Hund auf einem schmalen Weg durch die Schweizer Berge. „Es waren ideale Bedingungen dort“, sagt sie und dreht sich kurz zu dem Bergmotiv um. „Vom Max-Planck-Institut in die Schweiz zu gehen ist vielleicht besser, als es direkt an einer deutschen Universität zu versuchen.“

## FORSCHERPORTRAIT :

Ausschreibung aufmerksam gemacht. Sie wird wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Wolfgang Streeck. Aus Zufall an ein MPI, von dem man damals nicht sehr viel wusste?

Es könnte ein Understatement sein. Oder Koketterie. Aber so tickt Christine Trampusch nicht. Sie ist eine witzige, schlagfertige und sehr ehrliche Frau. Mit dem Sprung ans MPI macht sie keine Witze. Direktor Wolfgang Streeck schwärmt, wenn er Trampusch beschreibt, von einer regelrechten Faktenfresserin. „Sie kann gar nicht genug kriegen von Studien und Empirie.“ Zugleich lobt Streeck ihre „kämpferische Kreativität. Ich habe durch sie eine Menge an unkonventionellen Einsichten gewonnen.“ Der MPI-Direktor rühmt und fürchtet zugleich ihre „Unbescheidenheit im Denken. Eigensinn ist das gute Wort dafür, niederbayerischer Eigensinn.“

Eigensinn, trockener Humor, Fabulierkunst. Nirgendwo wird das deutlicher als in Trampuschs vielleicht unbekanntester und zugleich witzigster Publikation. Trampusch hat wichtige Schriften verfasst – nicht selten mit schönen Titeln wie „Der erschöpfte Sozialstaat“ (2009), „Status quo vadis?“ (2006), „Vom Klassenkampf zur Riesterrente“ (2004) oder „Das Coming Out der Arbeitsmarktpolitik in den Niederlanden“ (2000).

Aber der listigste ihrer Beiträge ist „A Dog’s Life in Post-Hartz Germany 2006“. Ein Text – mit zwei ehemaligen Kolleginnen verfasst –, der vordergründig wie ein humoristisches Essay über ihren Hund daherkommt. Labrador Sputnik erzählt aus der Ich-Perspektive, wie er die Arbeitsmarktreformen unter dem Titel des ehemaligen VW-Arbeitsdirektors und Schröder-Spezis Peter Hartz empfunden hat. Tatsächlich wird hier zweierlei vorgelegt: Ein Exempel der jüngeren deutschen wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung – und zugleich eine Art Offenlegung Trampusch’scher politischer Konzepte. Sie beziehungsweise ihr Hund reflektiert Gender-Verhältnisse, parliert in einem inneren Monolog über ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie und zu Karl Marx. Es wird deutlich: Nach Hartz IV „is the life of a dog, well, it’s a real *Hundeleben*“.

Der Aufsatz, der leider nicht im langen Publikationsverzeichnis der Autorin zu finden ist, stellt eine Preziose dar, und zwar eine literarische wie polit-ökonomische. Verfasst auf „knochenfreiem Papier“, offenbart sich darin, witzig verpackt, ein Stück der Machtlosigkeit literarisch-politischer Tätigkeit. Darin steckt womöglich auch ein innerer Kampf einer politisch denkenden Frau – die gleichwohl eine Wissenschaftlerin auf höchstem Niveau ist, also neutral forsch. „Sie ist eine Wissenschaftlerin der alten Schule“, sagt ihr Kollege Martin Höpner. „Sie ist keine, die eine Methode um ihrer selbst willen anwenden würde, um irgendwelche Daten zu produzieren.“

„ Sie ist eine Wissenschaftlerin der alten Schule. Sie ist keine, die eine Methode um ihrer selbst willen anwenden würde, um irgendwelche Daten zu produzieren. “

Die Wissenschaftlerin und das Zoon Politikon in Trampusch ringen stets miteinander. Genau wie der ansteckend-fröhliche Mensch und die distanzierte Analytikerin. „Es gibt Leute, die glauben, dass der Staat und die Politiker die Situation verbessern wollen“, sagt sie. Es klingt ein bisschen, als mache sich Trampusch über eine so naive Haltung lustig. Denn die Wissenschaftlerin weiß, „dass es rationalistische Theorien gibt, um das Handeln von Politikern zu verstehen“. Und die verweisen auf ganz andere Motive. Aber das bleibt unausgesprochen. Es versteckt sich im analytischen Narrativ Trampuschs, das für Otto Normalleser wie große Kunst hinter einem Gaze-Vorhang bleibt.

## FORSCHERPORTRAIT :



Nun ist Christine Trampusch aber nicht allein wegen der Forschung nach Köln zurückgekehrt. Sie hat ihr Büro ein paar Fahrradminuten vom MPI entfernt in der Kölner Universitätsstraße. Max Planck meets Massenstudent – das wirkt wie ein Feldversuch mit offenem Ausgang. „Sie ist eine tolle Professorin“, sagt einer der Studenten, der gerade in ihrer Vorlesung war. „Viel engagierter und kritischer als die anderen Profs.“ So äußern sich alle befragten Studierenden. Allerdings: Die direkte Reaktion der Studenten auf Trampuschs Vorlesung ist eher ehrfürchtig als temperamentvoll.

Beide Seiten finden sich sympathisch und interessant, haben aber ziemlich offensichtlich unterschiedliche Erwartungen aneinander. Die Studenten schneien im ersten oder zweiten Semester in ein Pflichtmodul, „mehr so zum Kennenlernen“, wie sie sagen. Und sie treffen dort auf den anspruchsvollen und sehr differenzierten politikwissenschaftlichen Vortrag einer Christine Trampusch. Nicht alle können da mit, nicht alle wollen es. Eine Studentin ist intensivst mit ihrem Tee und Handybotschaften befasst. Sie kritzelt nur hin und wieder etwas in den Ausdruck von Trampuschs PowerPoint-Präsentation. Zwischen den Studenten und der jungen Professorin vor ihnen steht etwas. Und es ist mehr als die verschränkten Arme der Forscherin. Hier der Student, der seine eigene überfüllte, im Umbruch stehende Uni nicht verstehen kann; dort die Forscherin, die ein ziemlich präzises Bild des modernen Kapitalismus hat – und zugleich die Begrenztheit der Reichweite ihrer komplexen Forschungen kennt.

„Sind Sie mit dem Punkt Konzepte durch?“, will Trampusch am Ende eines Abschnitts ihrer Vorlesung wissen. Niemand macht auch nur Pieps, keiner. „Ja? Gut“, sagt die Professorin. Sie wirkt enttäuscht. Und merkt, dass sie vielleicht die Reaktionsmöglichkeiten der Studenten zu knapp bemessen hat. „Haben Sie Fragen?“, setzt sie nach. Und blickt nun aber gar nicht zu ihren Studenten, um sie vielleicht zu ermuntern. Sondern sie schaut in ihre Papiere. Es scheint, als könne sie es nicht sehen, dass sich keiner meldet.

Plötzlich fragt ein Student in die Runde: „Fühlen die Menschen sich angemessen beteiligt, können sie genug mitreden?“ Dem Zuhörer stockt der Atem. Könnte es wirklich sein, dass da ein Student aus dem Format Frontalvortrag mit eingestreuten Fragen ausbrechen will? Dass er die Professorin dazu herausfordert, ihre vielen Max-Planck-PS auf den holprigen Boden der Universitätsstraße zu bringen? Nein, so direkt geht es an der Universität anno 2011 nicht zu. Der Studierende hat sich beim Thema „Konzept der Demokratie“ gemeldet. Er will zeigen, dass man Demokratie nicht nur institutionell, sondern auch lebensweltlich aus der Perspektive der Bürger definieren kann.

Als Politologin kann Trampusch mit dieser Bemerkung etwas anfangen. Aber in Bezug auf sich als Person bleibt sie ihr fremd. Wer ihre Eltern sind, aus welcher



## FORSCHERPORTRAIT :

ökonomischen Klasse sie selbst stammt, was sie biografisch motiviert haben könnte, den Kern des Kapitalismus zu erforschen, das alles spielt keine Rolle. Sagt sie jedenfalls.

Christine Trampusch ist Politikwissenschaftlerin. Sie fokussiert auf vergleichende Politik, Politische Ökonomie und Policy-Analyse, insbesondere Reformpolitik, Spielarten des Kapitalismus und Wohlfahrtsstaat. Sie hat dessen Teilbereiche unter die Lupe genommen, von den Tarifen über die industriellen Beziehungen bis hin zur Berufsbildungspolitik. Sie arbeitet gerne mit qualitativen vergleichenden Methoden und Fallstudien. Ihre Aufsätze erscheinen in wichtigen internationalen Zeitschriften, sie ist ein Top-Forscherin, der selbstverständlich die Publikationen sehr wichtig sind. Und die die Lehre womöglich eher diszipliniert betreibt, effizient, still.

Dennoch wummern jetzt aus Hörsaal 410 Rock und Berner Underground. Man wagt gar nicht recht die Tür zu öffnen. Ist's eine Party, die da steigt? Oder doch ein Forschungsseminar der Professorin des Lehrstuhls für vergleichende Politische Ökonomie? Es ist beides, Trampusch rockt die universitäre Lehre. Vorne bleibt sie nur, bis ihre Studenten eingetrudelt sind. Sie schreibt noch die eine oder andere Anmerkung und Fußnote in eine Präsentation. Und sucht wieder ein neues Lied aus. Dann eröffnet sie die Sitzung, und Trampusch wird ihren frontalen Platz ganz schnell verlassen. Sie hat Expertengruppen zusammengestellt, die Konzepte und Methoden für eine Forschungsarbeit testen sollen. Sie geht jetzt in diese Gruppen hinein. Sie rückt den Studenten auf die Pelle, es wird extrem interaktiv. Sie fragt in die AGs hinein: „Wie weit seid ihr, wie wollt ihr die Schweiz vergleichend erforschen, welche Sektoren schaut ihr an, wann sehen wir uns wieder?“

„ Die Studenten sind ein bisschen erschrocken. Und begeistert.  
„Das ist kein Larifari-Kurs, das war schnell klar“, meint einer. “

Die Studis sind baff, überrumpelt. Manche Gruppe hat noch nicht recht die Texte gelesen. Das nächste Mal wird das anders sein. Weil sie nicht von vorne aus der Distanz fragt, sondern den Leuten Nase an Nase gegenüber sitzt. Und wissen will, wie dieser Afonso das gemeint hat mit den irischen *industrial relations* und wie man das jetzt für die Analyse der Schweiz benutzen könnte.

Die Studenten sind ein bisschen erschrocken. Und begeistert. „Das ist kein Larifari-Kurs, das war schnell klar“, meint einer. „Arbeitsgruppen gibt's auch woanders, ja. Aber dass sie uns *im Seminar* zusammenarbeiten lässt und uns in die Sprechstunde zwingt, das ist neu“, sagt ein anderer. „Ich bin nach Köln, um besser ausgebildet zu werden – in diesem Seminar ist das definitiv der Fall.“ Die ganze Theorie, das Fremdeln zwischen Uni und MPI scheinen abzufallen jetzt, die Arme sind nicht mehr vor Trampuschs Brustkorb verschränkt. Die Forscherin steht vor den Studierenden. „Haben Sie mich denn vermisst in den letzten zwei Wochen?“, fragt sie ihre Studenten. „Ich Sie schon.“

Noch kommen die Studierenden nur vereinzelt wegen Christine Trampusch. Aber es wird sich schnell herumsprechen, dass diese Frau Uni anders denkt. Direkter, schneller und professioneller als die Wissensfabrik oft ist. Über diese Brücke werden viele Studenten gehen. Auch wenn sie dafür verdammt viel können müssen.

*Christian Füller*

● Christine Trampusch an der Universität zu Köln  
[www.bridge.uni-koeln.de/christinetrampusch0.html](http://www.bridge.uni-koeln.de/christinetrampusch0.html)

## ZWEIPERSPEKTIVEN :

# Gut beraten. Wie Wissenschaft (vielleicht) helfen kann, die Politik der Gesellschaft zu verbessern

### Wolfgang Streeck

„Politikberatung zeichnet sich noch immer durch drei Defizite aus: das *Transparenzproblem*, das heißt die mangelnde Durchsichtigkeit für Parlament, Medien und Öffentlichkeit; das *Pluralitätsproblem*, das heißt die mangelnde Vielfalt von wissenschaftlichen Erkenntnisperspektiven und praktischen Beratungsinteressen; das *Publizitätsproblem*, das heißt die fehlende Verpflichtung der politischen Institutionen zur Veröffentlichung von Beratungsergebnissen. Mit dem Problem eingeschränkter Pluralität ist die oft fehlende Interdisziplinarität der Beratungspraxis eng verknüpft, da nur selten Vertreter verschiedener Disziplinen beteiligt werden ... Um einseitigen Stellungnahmen und Verwertungen entgegenzuwirken, sollten die Beratungsergebnisse veröffentlicht, die Kriterien der Auswahl von Experten offengelegt, Unabhängigkeit und Verantwortung der Berater gesichert und die Wahrnehmung der Beratungsfunktionen zeitlich befristet werden.“

*Paul Kevenhörster: Politikberatung (aus: Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik)*



Wirklich? Politik ist nicht nur sachgerechtes Regieren, sondern auch machtgerechtes Interessenverfolgen; sie dient nicht nur der Problemlösung, sondern auch der Erringung von Ämtern mithilfe der öffentlichen Meinung. Wissenschaftliches (Besser-)Wissen ist das eine; die Lufthoheit über dem Gemeinverständnis das

Wolfgang Streeck ist seit 1995 Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln. Er war unter anderem Mitglied der Zukunftskommission der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen (2008–2009), Mitglied der Regierungskommission zur Modernisierung der Unternehmensmitbestimmung (2005–2006) und Mitglied des „Benchmarking“-Ausschusses des „Bündnisses für Arbeit“ der Bundesregierung (1998–2001).

mindestens ebenso wichtige andere. Wissenschaft sagt der Politik (vielleicht), wie die Welt beschaffen ist; ihr Ansehen in der Gesellschaft aber macht sie zugleich zu einem Instrument des Machterwerbs, solange sie nur für Wissenschaft gehalten wird – dann aber auch, wenn sie in Wahrheit schlechte Wissenschaft oder gar keine ist.

Politikberatung, die in der Öffentlichkeit stattfindet, verführt die Politik dazu, Wissenschaft machtpolitisch in Dienst zu stellen. Politiker, die ihr Amt wert sind, können das. Transparenz, Pluralität und Publizität in der wissenschaftlichen Politikberatung verleiten Politiker zur Nutzung öffentlich sichtbarer Wissenschaft zur Entscheidungsentlastung und Legitimationsbeschaffung. Eine etablierte Praxis der Ausgewogenheit und der Gegenexpertise, bei der nichts gelernt und nur darauf geachtet wird, dass jede Seite „ihre“ Wissenschaftler gleichermaßen ins Feld führen darf, ist alles, was sie dazu brauchen.

„ Im politisch gesteuerten Stellvertreterkrieg zwischen Expertise und Gegenexpertise droht die Unterscheidung zwischen gesichertem Wissen und Außenseitertum verloren zu gehen. “

Transparenz, Pluralismus und Publizität in der wissenschaftlichen Politikberatung dienen auch der Wissenschaft nicht, selbst wenn es zunächst anders aussehen mag. Im politisch gesteuerten Stellvertreterkrieg zwischen Expertise und Gegenexpertise droht die Unterscheidung zwischen gesichertem Wissen und Außenseitertum verloren zu gehen. Beim Publikum entsteht der Eindruck, dass man wissenschaftlich alles beweisen lassen kann, wenn man dafür nur genug bezahlt. Der Unterschied zwischen innerwissenschaftlich geforderter Skepsis als Prinzip und der Produktion von Gefälligkeitsgutachten schwimmt, und damit der zwischen Wissen und Meinen. Auch und gerade die Politiker, die sich der Wissenschaft als PR-Instrument bedienen, verlieren den Respekt, ohne den Wissenschaft auch und gerade in einer Demokratie nicht funktionieren kann. Was ist Wahrheit, fragen sie sich, wenn die hochbezahlten Wahrheitsproduzenten nie-

## ZWEIPERSPEKTIVEN:

mals einer Meinung sind und immer mindestens einer für das Gegenteil von allem zu haben ist?

Auch Wissenschaftler spielen strategische Spiele, wenn sie ins Licht der Öffentlichkeit geraten. Wissenschaft ist nicht nur Wahrheitssuche, sondern auch Betrieb, der sich finanzieren muss (*More research is needed.*). Der Wunsch, als der Öffentlichkeit nützlich subventioniert zu werden, kann zu verschwiegener Hinnahme von gedanklichen Vorgaben oder zur Übertreibung von Gewissheiten oder Zweifeln verführen. Politiker haben ein feines Gespür für die Möglichkeit, sich durch finanzielle Förderung öffentlich präsentierbare wissenschaftliche Wahrheiten zur Unterstützung ihrer Ziele zu beschaffen. Der Weg ist kurz von hier zu der nur im inneren Kreis nach Feierabend verkündeten Einsicht: Die wollen alle nur das Eine – Geld!

„ Wenn es um das Zur-Kennntnis-Nehmen von ungeschminkter Wahrheit geht, bin ich für weniger Öffentlichkeit statt für mehr. “

Ich glaube, dass es weite Bereiche der Politik gibt, in denen Politiker gut beraten wären, wenn sie genauer wüssten, wie es sich mit einer Sache in Wahrheit verhält. Dazu müssten sie von sich aus für Gelegenheiten sorgen, bei denen sie Neues und manchmal Unangenehmes lernen können. Das können sie nicht in der Öffentlichkeit, wo sie Kompetenz und Gewissheit ausstrahlen müssen. Deshalb bin ich, wenn es um das Zur-Kennntnis-Nehmen von ungeschminkter Wahrheit geht, für weniger Öffentlichkeit statt für mehr. Politiker sollten sich wenigstens ab und zu von Wissenschaftlern beraten lassen, die Geld und Ruhm genug haben, um es sich leisten zu können, durch den Hintereingang zu kommen und zu gehen. Ein Nachmittag im Monat sollte für ein Privatissimum über die Dynamik der Einkommensverteilung, die Zukunft der Kernfusion, die Gefahren von Seuchen und Finanzprodukten und dergleichen nicht zu viel sein! Dass so etwas so gut wie nie vorkommt, ist ein besorgniserregendes Anzeichen dafür, dass das tatsächliche Vertrauen der Politik in die Wissenschaft dramatisch gering oder der Zynismus der Politiker gefährlich groß ist.

Heißt das, dass Wissenschaft in der Öffentlichkeit nichts zu suchen hat? Das heißt es ganz und gar nicht. Transparenz, Pluralität und Publizität mögen der Politikberatung nicht dienlich sein – für die Selbstberatung der Wissenschaft aber und die Gesellschaftsberatung durch Wissenschaft brauchen wir nicht weniger davon, sondern viel mehr. Es fällt auf, dass Formen öffentlich sichtbarer wissenschaftlicher Auseinandersetzung, die in früheren Zeiten gang und gäbe waren, heute fast völlig aus der Mode gekommen sind. Nichts scheinen heutige Wissenschaftler so zu scheuen wie öffentliche Streitgespräche – Disputationen – mit Kollegen, die zu anderen Schlüssen gekommen sind als sie selber. Nicht nur, dass die Fachzeitschriften nur selten Konfrontationen zwischen Meinung und Gegenmeinung organisieren; dasselbe gilt auch für die Fachvereinigungen und Akademien. Dabei wären sie in der Lage, anders als die Dominas der Fernseh-Talkshows, wahrheitsdienliche Regeln für die Auswahl der Teilnehmer und Zuhörer, für Argument und Gegenargument und Beweis und Gegenbeweis einzuführen. Und länger als 45 Minuten könnte es durchaus auch dauern – im Mittelalter zogen sich Disputationen an den Universitäten über Tage hin. Auseinandersetzungen dieser Art, für die man sich zusammensetzt, könnten sogar über die engeren Fachkreise in die interessierte Öffentlichkeit ausstrahlen – umso mehr heute, wo als Verbreitungsinstrument das Internet zur Verfügung stünde. Eine ähnliche Rolle könnten science courts spielen, vor denen einander widersprechende Theorien ihre Unterschiede zur Sprache bringen und sich nach sachkundiger Verhandlung sagen lassen könnten, in welche Richtung sie sich weiterentwickeln müssten, um der Wahrheit näher zu kommen.

„ An der richtigen Stelle betrieben, werden öffentliche wissenschaftliche Auseinandersetzungen zu Gesellschaftsberatung, und damit dann auch zu Politikberatung. “

Öffentliche wissenschaftliche Auseinandersetzungen dienen nicht nur der Wissenschaft, sondern auch der Gesellschaft. An der richtigen Stelle betrieben, werden sie zu Gesellschaftsberatung, und damit dann auch – indirekt, aber umso wirksamer – zu Politikberatung.

## ZWEIPERSPEKTIVEN:

Gesellschaftsberatung besteht nicht aus Strategieberatung im engeren Sinn, sondern zielt auf das von dieser vorauszusetzende Selbst- und Weltverständnis. Die Weltbilder, aus denen sich ergibt, was Politik auf welche Weise erreichen kann und soll, bestehen heute zu einem guten Teil aus dem, was im Alltagsverständnis als wissenschaftlich wahr gilt. Teilweise wird dies mehr schlecht als recht über die Massenmedien vermittelt. Je mehr Menschen aber Universitäten besuchen, um in ihren prägenden Jahren ein wissenschaftliches Studium zu absolvieren, desto wichtiger wird für das gesellschaftliche Selbstverständnis und damit für das politische Handeln, was dort als Ergebnis wissenschaftlicher Forschung ausdrücklich gelehrt oder stillschweigend unterstellt wird – und umso größer wird die politische Verantwortung der akademischen Forscher und Lehrer.

Am Ende des letzten Kapitels seines Jahrhundertwerks, der *General Theory*, spekuliert Keynes über den Einfluss von Ideen auf die politische und wirtschaftliche Praxis. Jedes Handeln, auch solches, das sich selbst vollkommen „pragmatisch“ vorfindet, beruhe auf Ideen über das Funktionieren der Welt, von denen die Handelnden irgendwann gelernt zu haben meinen, dass sie zutreffend seien. Neues Handeln braucht neue Ideen; diese aber brauchen Zeit, um wirksam zu werden, weil – so Keynes – von ihnen meist nur Menschen beeinflusst werden, die nicht älter als vielleicht fünfundzwanzig oder dreißig Jahre und in ihrem Weltbild noch nicht gefestigt sind. Erst wenn eine nachwachsende Generation in die gesellschaftlichen Führungspositionen eingerückt sei, könne eine neue Theorie ihre Wirksamkeit voll entfalten, dann aber umso nachhaltiger. Dies aber macht die ständige rigorose Überprüfung theoretischer Ideen auf ihre Übereinstimmung mit der Wirklichkeit als solche zu einer wichtigen Form der Politikberatung, und vielleicht zur wichtigsten überhaupt. Die in der europäischen Zivilisation seit den Griechen für die Kritik und Weiterentwicklung von Ideen vor allem zuständige Instanz ist die Wissenschaft, und der soziale Ort, an dem die theoretischen Fundamente unseres Denkens und Handelns nach den Regeln der hierfür über Jahrhunderte entwickelten Kunst auf ihre Tragfähigkeit hin geprüft

und an die nächste Generation weitervermittelt werden, ist die „Akademie“: die Universität mit ihrem Streit der Fakultäten und Gelehrten, nicht nur in der Forschung, sondern auch in der Lehre. Vielleicht ist die Verteidigung der Idee der Universität als Akademie am Ende auch der beste Beitrag zur wissenschaftlichen Politikberatung?

### Rolf G. Heinze

Rolf G. Heinze ist Inhaber des Lehrstuhls für Allgemeine Soziologie, Arbeit und Wirtschaft an der Ruhr-Universität Bochum (RUB) und wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung (INWIS) an der RUB. In seiner Funktion als Berater von Ministerien, Verbänden und Unternehmen war er unter anderem Mitglied der Sachverständigenkommission der Bundesregierung für den Fünften Altenbericht über „Potentiale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft“ (2003–2005) und Mitglied der Enquetekommission des Landes Nordrhein-Westfalen zum Thema „Zukunft der Erwerbsarbeit“ (1996–2000).

Die Finanzkrise hat ökonomistische Deutungen der Gesellschaft in die Defensive gedrängt. Dabei hat sie Raum geschaffen für sozialwissenschaftliche Analysen, welche die gesellschaftliche Wirklichkeit nicht in dem engen Korsett einer auf Nutzenmaximierung beruhenden Logik beschreiben, sondern auf die Wechselwirkungen zwischen ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen eingehen. Zukünftig dürfte deshalb vermehrt soziologisches Orientierungswissen nachgefragt werden, da hier die Kompetenz vermutet wird, die gesellschaftliche Entwicklungstrends identifiziert und analysiert. Es relativieren sich aber nicht nur euphorische Einschätzungen zum selbststeuernden Kapitalismus, sondern es zerfließen die traditionellen Rollen



## ZWEIPERSPEKTIVEN:

zwischen Öffentlichkeit, Wissenschaft und Politik. Neue Schnittflächen produzieren variable Öffentlichkeiten. Für die Soziologie bedeutet dies, in der Krise als Disziplin gefordert zu sein; konkret: Gesellschaftsentwürfe und Handlungsoptionen auszuarbeiten und offensiv zu diskutieren. Diese öffentliche Funktion wird jedoch von vielen Soziologen noch nicht wahrgenommen. Einige sehen sich auch nicht als kreative Entwickler gesellschaftlicher Zukunftsentwürfe, haben wenig Organisations- und Politikerfahrung und unterschätzen beispielsweise die komplexe Eigenlogik der „Politikproduktion“.

„ Die Soziologie ist in der Krise als Disziplin gefordert. “

Politikentscheidungen verlaufen jedoch nicht so rational und eindeutig wie es auch klassische politische Theorien meinen, eher existiert eine gewisse organisierte Anarchie. Zufälligkeiten (etwa die *windows of opportunity*) spielen in politischen Entscheidungsprozessen eine größere Rolle als oft unterstellt wird. Zudem hat sich bei den Spitzenakteuren der Regierung in den letzten Jahren neben dem administrativen Informations- und Kommunikationssystem ein informelles Politikmanagement etabliert, das von außen nur schwer zu durchschauen ist. Das klassische Dreieck von Öffentlichkeit, Wissenschaft und Politik hat sich entgrenzt, wissenschaftliche Beratungsformate haben sich erweitert und pluralisiert. Der Politik wird derzeit wenig Vertrauen entgegengebracht; die politischen Parteien haben ihre Orientierungs- und Steuerungsfunktion eingebüßt, während in der Öffentlichkeit Politikinszenierungen mit Führungspersönlichkeiten im Mittelpunkt stehen. Gefragt ist in einer herausziehenden Wissensgesellschaft neben der Informationsaufbereitung und der Strukturierung von Wissensbeständen vermehrt Orientierungswissen, welches die Hierarchisierung des Wissens (hier Wissenschaft, dort Praxis) konstruktiv überwindet.

In modernen, reflexiven Beratungsformaten werden Sozialwissenschaftler nicht nur als Wissensprodu-

zenten und Kommentatoren gesehen, sondern ihnen wird auch eine aktive Rolle als Impulsgeber und Moderatoren zugebilligt. Optimistisch formuliert kann deshalb auf die indirekte Wirkung sozialwissenschaftlicher Expertise gesetzt werden. Darüber hinaus können verschiedene „Ströme“ in der Politik (*multiple streams*) herausgefiltert werden, die relativ autonom agieren. Angewandt auf die Regierungspraxis der letzten Jahre in Deutschland ergibt sich das Bild einer überforderten, jeweils von aktuellen Ereignissen getriebenen Politik. Unklarheiten und Mehrdeutigkeiten gehören demnach strukturell zur Politikproduktion, und vor allem der Faktor „Zeit“ ist entscheidend. Diese Diagnose eröffnet einen Handlungskorridor für fundierte, mikropolitisch aufgeklärte sozialwissenschaftliche Analysen, die aber in das System der Politikströme vermittelt werden müssen. Dafür werden „Brückenträger“ benötigt, die zum „richtigen“ Zeitpunkt mithelfen, die Ströme zu verknüpfen.

„ In modernen, reflexiven Beratungsformaten haben Sozialwissenschaftler eine aktive Rolle als Impulsgeber und Moderatoren. “

Somit sind Kontingenzen angesprochen und positive (evidenzbasierte) Resultate eher die Ausnahme als die Regel. Politik ist unbeständiger geworden, und deshalb ist es auch für die Soziologie schwer, jenseits der Thematisierung gesellschaftlicher Zersplitterungen und Konfliktzonen Gehör zu finden. Positiv formuliert kann soziologische Expertise aber mithelfen, sowohl die Rahmenbedingungen zu analysieren als auch Gestaltungswissen zu offerieren.

Wenngleich derzeit die Chancen für eine aktive Gesellschaftsgestaltung nicht allzu hoch eingeschätzt werden können, sollte „Vater Staat“ jedoch nicht gänzlich abgeschrieben werden. Dafür ist der Wohlfahrtsstaat viel zu sehr in allen Poren der Gesellschaft präsent und überrascht hin und wieder auch durch Problemlösungen – allerdings kommen diese zumeist erst durch hohen Druck zustande. Wer hätte beispielsweise gedacht, dass christdemokratische Spitzenpolitiker 2011 eine grundlegende Wende in der Energiepolitik

## ZWEIPERSPEKTIVEN:

mit dem Abschied von der Atomkraft durchsetzen? Lernprozesse scheinen aber in einer von Großorganisationen dominierten Gesellschaft eher durch externe Schocks ausgelöst zu werden.

Inwieweit die neuen Hoffnungen auf Lernen angesichts geschrumpfter Handlungsspielräume staatlicher Politik jedoch realistisch sind, ist noch nicht endgültig zu beantworten. Der Staat kann aber nicht generell zum Rettungsanker bei Marktversagen (etwa im Finanzsek-

tiven Gesellschaft. Für den Umbauprozess in Richtung auf eine bessere Balance zwischen Staat, Markt und „aktiver“ Gesellschaft liegt jedoch bislang kein soziologisches Drehbuch vor. Angesichts des Marktversagens und der drohenden Überforderung des Staates sind in dieser historischen Phase wieder die gesellschaftlichen Ordnungsleistungen gefragt. Diese beruhen auf soziokulturellen Normen und Werten. Die allerdings sind ihrerseits durch Abstiegsängste und die Auszehrung der Mitte in ihrer Stabilität gefährdet, die gerade derzeit in der Öffentlichkeit intensiv diskutiert werden (wie etwa das „Burn-out-Phänomen“). Hier könnten die Sozialwissenschaften „öffentlich“ werden, für Aufklärung sorgen und Orientierungswissen anbieten, um so mediale Inszenierungen zu relativieren.

” Für den Umbauprozess in Richtung auf eine bessere Balance zwischen Staat, Markt und „aktiver“ Gesellschaft liegt bislang kein soziologisches Drehbuch vor. “

tor) oder bei der aktuellen Verschuldungsproblematik werden. Als Träger allgemeiner Verantwortung ist er überfordert und benötigt die Unterstützung einer ak-

# NACHRICHTEN :

## Evaluation der IMPRS-SPCE im April 2011



Am 14. und 15. April 2011 wurde die seit 2006 bestehende International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy (IMPRS-SPCE) erstmalig evaluiert. Der zu diesem Zweck konstituierten Evaluierungskommission gehörten Donatella della Porta (EUI, Florenz), Richard Münch (Universität Bamberg), Kerstin Sahlin (Uppsala University) und Jelle Visser (AIAS, Amsterdam) an. Das Programm sah neben den Beratungssitzungen der Kommission auch Präsentationen und Postersessions vor, in denen die Doktoranden ihre Projekte und Forschungsergebnisse vorstellten. Die IMPRS-SPCE ist eine vom MPIfG und der Universität Köln gemeinsam getragene internationale Doktorandenschule.

- Informationen zur IMPRS-SPCE  
<http://imprs.mpifg.de/>

## Christine Trampusch übernimmt Brückenprofessur an der Universität zu Köln

Christine Trampusch übernimmt ab Juli 2011 den Lehrstuhl für International Vergleichende Politische Ökonomie und Wirtschaftssoziologie an der Universität zu Köln. Diese sogenannte Brückenprofessur ist eine



wichtige Schnittstelle in der Zusammenarbeit des MPIfG mit der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln. Sie hatte bis dato eine Assistenzprofessur für Vergleichende Politik am Insti-

tut für Politikwissenschaft der Universität Bern inne und war davor mehrere Jahre wissenschaftliche Mitarbeiterin am MPIfG.

## Bringing Organizations Back In: Sechste Sommerkonferenz zu Wirtschaft und Gesellschaft

Vom 13. bis 16. Juli 2011 fand die sechste Max Planck Summer Conference on Economy and Society auf Schloss Ringberg statt. Doktorandinnen und Doktoranden der IMPRS-SPCE und erfahrene Forscher verschiedener Fachrichtungen und Nationalitäten trafen sich zum Austausch über die soziale und politische Konstitution der Wirtschaft aus der Perspektive der Organisationsforschung. Ziel der Konferenz war es, herauszuarbeiten, wie Organisationen unter Bedingungen zunehmender Unsicherheit und Komplexität mit den unschärfer werdenden Grenzen zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Politik umgehen und diese neu formen.

- Konferenzbericht s. S. 30

## Risiko und Unsicherheit: Konferenz mit dem German Historical Institute in Washington

Vom 19. bis 22. Juni 2011 fand im deutsch-italienischen Zentrum Villa Vigoni, Italien, die Tagung „Risk and Uncertainty in the Economy: Historical, Sociological, and Anthropological Perspectives“ statt. Die gemeinsam vom MPIfG und dem German Historical Institute in Washington organisierte Konferenz brachte führende Soziologen, Historiker und Anthropologen zusammen, um den Austausch der unterschiedlichen Perspektiven zu fördern und damit zu einer Wirtschaftstheorie beizutragen, die wirtschaftliches Handeln und die Dynamiken ökonomischer Strukturen in sozialen, kulturellen, politischen und historischen Kontexten verankert sieht.

# NACHRICHTEN :

## Gemeinsame Konferenzen mit dem Institut der deutschen Wirtschaft



Das MPIfG und das Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, luden am 7. Juli und 23. November 2011 zu gemeinsamen wissenschaftlichen Tagungen ein, um mit Fachleuten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik über den Nutzen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften für die Politik und die Prägung von Wirtschaft durch Weltbilder zu diskutieren. Die Ergebnisse der Tagungen fließen in die Arbeit der Forschungsgruppe „Markt und Staat“ ein, bei der das MPIfG einer der Kooperationspartner ist.

- [www.iwkoeln.de/DasInstitut/Forschungsgruppen/MarktundStaat.aspx](http://www.iwkoeln.de/DasInstitut/Forschungsgruppen/MarktundStaat.aspx)

## Regulierung von Finanzmärkten: Abschlussworkshop

Mit einem dritten und letzten Workshop im März 2011 wurde die Forschungsarbeit an dem vom MPIfG koordinierten Projekt „Institutioneller Wandel in der Regulierung von Finanzmärkten“ abgeschlossen. Über einen Zeitraum von zwei Jahren haben Wissenschaftler aus Europa und den USA unter der Leitung von Renate Mayntz die sich vollziehenden Veränderungen in der Regulierung von Finanzmärkten untersucht. Mit ihren Studien zu transnationalen Gremien und einzelnen Regelungsbereichen, wie etwa Ratingagenturen, haben sie dazu beigetragen, ein umfassendes Bild der hoch komplexen Prozesse globaler Finanzmarktregulierung zu zeichnen. Die Ergebnisse werden im Frühjahr 2012 im Campus Verlag veröffentlicht.

## MPIfG Institutstag 2011

„Instabilität und Unsicherheit“ war das Leitthema des diesjährigen Institutstags des MPIfG mit rund neunzig Gästen am 17. und 18. November 2011. Themenschwerpunkt war am ersten Konferenztag die Beziehung zwischen Problemgenerierung und Problemlösung aufgrund internationaler Interdependenzen und durch transnationale Regulierung. Philipp Genschel riss in seinem Vortrag über Transnationale Regulierung der Steuerpolitik die Problematik exemplarisch an. Der zweite Teil der Konferenz wurde von Patrick Le Galès mit dem Vortrag „Is the State Becoming Unstable Too?“ eröffnet. Eine Podiumsdiskussion widmete sich den Forschungsthemen des Max Planck Sciences Po Centre in Paris, das 2012 seine Arbeit aufnehmen wird. Der Institutstag wird gemeinsam vom Institut und dem Verein der Freunde und Ehemaligen des MPIfG getragen.

- Konferenzbericht s. S. 29



## Jens Beckert ist Mitherausgeber des European Journal of Sociology

Seit Dezember 2010 ist Jens Beckert Mitherausgeber des European Journal of Sociology. Die Zeitschrift, deren Redaktion vom Centre National de la Recherche Scientifique in Paris gestützt wird, veröffentlicht Artikel im Bereich der vergleichenden historischen Soziologie mit einem interdisziplinären Grundsatz und erscheint dreimal jährlich.

# NACHRICHTEN :

## Jens Beckert im Vorstand der ASA-Sektion Wirtschaftssoziologie

Jens Beckert ist in den Vorstand der Section on Economic Sociology der American Sociological Association (ASA) gewählt worden. Gemeinsam mit Tim Bartley (Indiana University) und Yuval Millo (London School of Economics) wurde er anlässlich des ASA-Jahrestreffens im August 2011 in Las Vegas in das Gremium aufgenommen. Die ASA-Sektion Wirtschaftssoziologie besteht seit 2000 und hat heute mehr als 700 Mitglieder.

## Sigrid Quack im Council der ASA-Sektion Global and Transnational Sociology und im Beirat der Review of International Political Economy

Sigrid Quack ist Mitglied des Councils der ASA-Sektion „Global and Transnational Sociology“. Die Wahl fand anlässlich des Jahrestreffens der American Sociological Association vom 20. bis 23. August 2011 in Las Vegas statt. Des Weiteren wurde Quack im September 2011 in den internationalen Herausgeberbeirat der Zeitschrift Review of International Political Economy gewählt. Sigrid Quack ist seit 2007 Leiterin der Forschungsgruppe „Grenzüberschreitende Institutionenbildung“ und Faculty-Mitglied der Doktorandenschule IMPRS-SPCE, die vom MPIfG und der Universität zu Köln getragen wird.

## Journalist in Residence Fellowships 2011 vergeben

Ferdos Forudastan (freie Rundfunkjournalistin) und Christoph Fleischmann (freier Rundfunkredakteur, -autor und -moderator) werden in den nächsten Monaten als „Journalists in Residence“ Gäste am MPIfG sein. Die Journalisten hospitieren in einem Forschungsprojekt oder führen eigene Recherchen durch. Durch den persönlichen Austausch mit Wissenschaftlern soll eine qualifizierte Berichterstattung über sozialwissenschaftliche Themen gefördert werden.

● Informationen zum JiR-Programm  
[www.mpifg.de/service/pressestelle/jir\\_de.asp](http://www.mpifg.de/service/pressestelle/jir_de.asp)

## Tobias ten Brink Network Organizer bei SASE

Tobias ten Brink ist seit Oktober 2011 Netzwerkkoordinator für das Netzwerk „Asian Capitalisms“ der Society for the Advancement of Socio-Economics (SASE). Gemeinsam mit drei Kollegen organisiert er die Arbeit des Netzwerks für die SASE Jahreskonferenz vom 28. bis 30. Juni 2012 in Cambridge, Massachusetts. Das Netzwerk möchte den Dialog zwischen Asienforschung und Kapitalismusforschung fördern und die gegenwärtigen Entwicklungen im Hinblick auf institutionellen Wandel und die Spielarten des Kapitalismus untersuchen.

## MPIfG Zeitschriftenpreis 2011 an Mark Lutter

Mark Lutter erhielt den diesjährigen Zeitschriftenpreis des Vereins der Freunde und Ehemaligen des MPIfG für seine Veröffentlichung „Zur Erklärung von Diffusionsprozessen: Das Beispiel der Einführung staatlicher Lotterien in den USA“ (Zeitschrift für Soziologie 39, 2010). Der Preis ist mit 750 Euro dotiert und wird für den besten Artikel einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters des MPIfG in einer begutachteten Fachzeitschrift vergeben. Mark Lutter ist seit 2005 Wissenschaftler am MPIfG.

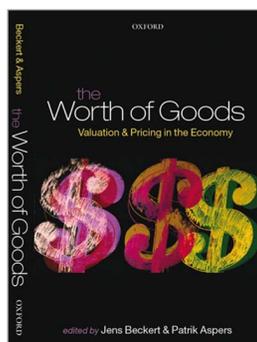


● Mehr Nachrichten aus dem MPIfG  
[www.mpifg.de/aktuelles/nachrichten\\_de.asp](http://www.mpifg.de/aktuelles/nachrichten_de.asp)

# NEUERSCHEINUNGEN :

## Bücher, Journal Articles, Discussion Papers und Working Papers

### MPIfG Bücher



Jens Beckert and Patrik Aspers (eds.)

#### **The Worth of Goods: Valuation and Pricing in the Economy**

New York: Oxford University Press, 2011

360 pages | ISBN 978-0-19-959465-8 | \$ 27.50

How do we place value on goods – and, importantly, why? Valuation and pricing are core issues in the market economy, but understanding of these concepts and their interrelation is weak. In response, *The Worth of Goods* takes a sociological approach to the perennial but timely question of what makes a product valuable.

Structured in three parts, it first examines value in the broader sense – moral values and how they are formed, and the relations between economic and non-economic values – discussing such matters as the value of an oil spill, the price of a scientific paper, value in ethical consumption, and imaginative value. The second part discusses the issues surrounding valuation in aesthetic markets, specifically wine, fashion models, art, and the creative industries. The third part analyzes valuation in financial markets – credit rating agencies, stock exchange markets, and industrial production.

This pioneering volume brings together leading social scientists to provide a range of theoretical tools and case studies for understanding price and the creation of value in markets within social and cultural contexts and preconditions. It is an important source for scholars in economics, sociology, anthropology, and political science interested in how markets work, and how value is established.

Dolata, Ulrich

**Wandel durch Technik: Eine Theorie soziotechnischer Transformation.** Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Bd. 73. Frankfurt a.M.: Campus, 2011.

Rehder, Britta

**Rechtsprechung als Politik: Der Beitrag des Bundesarbeitsgerichts zur Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in Deutschland.** Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Bd. 74. Frankfurt a.M.: Campus, 2011.

Schröder, Martin

**Die Macht moralischer Argumente: Produktionsverlagerungen zwischen wirtschaftlichen Interessen und gesellschaftlicher Verantwortung.** Wiesbaden: VS Verlag, 2011.

ten Brink, Tobias (Hg.)

**Globale Rivalitäten: Staat und Staatensystem im globalen Kapitalismus.** Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2011.

Woll, Cornelia

**Le lobbying à rebours: L'influence du politique sur la stratégie des grandes entreprises.** Paris: Presses de Sciences Po, 2011.

# NEUERSCHEINUNGEN :



● Abstracts und  
Download  
[www.mpifg.de/pu/  
journal\\_articles\\_  
de.asp](http://www.mpifg.de/pu/journal_articles_de.asp)

## MPIfG Journal Articles

Beckert, Jens

**Where Do Prices Come From? Sociological Approaches to Price Formation.** In: *Socio-Economic Review* 9(4), 2011, 757–786.

Busemeyer, Marius R., Maria Cattaneo and Stefan C. Wolter

**Individual Policy Preferences for Vocational versus Academic Education: Micro-level Evidence for the Case of Switzerland.** In: *Journal of European Social Policy* 21(3), 2011, 253–273.

Callaghan, Helen

**Constrain-Thy-Neighbor Effects as a Determinant of Transnational Interest Group Cohesion.** In: *Comparative Political Studies* 44(7), 2011, 910–931.

Dobusch, Leonhard und Sigrid Quack

**Interorganisationale Netzwerke und digitale Gemeinschaften: Von Beiträgen zu Beteiligung?** In: *Managementforschung 21: Organisation und Umwelt*, 2011, 171–213.

Dolata, Ulrich

**Soziotechnischer Wandel als graduelle Transformation.** In: *Berliner Journal für Soziologie* 21(2), 2011, 265–294.

Höpner, Martin

**Der europäische Gerichtshof als Motor der europäischen Integration: Eine aktorsbezogene Erklärung.** In: *Berliner Journal für Soziologie* 21(2), 2011, 203–229.

Lutter, Mark

**Konkurrenten auf dem Markt für Hoffnung: Religiöse Wurzeln der gesellschaftlichen Problematisierung von Glücksspielen.** In: *Soziale Probleme* 22(1), 2011, 28–55.

Möllering, Guido

**Umweltbeeinflussung durch Events? Institutionalisierungsarbeit und feldkonfigurierende Veranstaltungen in organisationalen Feldern.** In: *Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung* 63(5), 2011, 458–484.

Münnich, Sascha

**Interest-Seeking as Sense-Making: Ideas and Business Interests in the New Deal.** In: *European Journal of Sociology* 52(2), 2011, 277–311.

Piotti, Geny

**Conversion as a Mechanism of Hybridization: The Institutional Transfer of Industrial Relations and Vocational Training from Western to Eastern Germany.** In: *Environment and Planning C: Government and Policy* 29(3), 2011, 397–409.

# NEUERSCHEINUNGEN :

Streeck, Wolfgang

**The Crises of Democratic Capitalism.** In: *New Left Review* 71, 2011, 5–29.

Woll, Cornelia and Emiliano Grossman

**The French Debate over the Bolkestein Directive.** In: *Comparative European Studies* 9(3), 2011, 344–366.



## MPIfG Discussion Papers

Armin Schäfer

**Republican Liberty and Compulsory Voting.** MPIfG Discussion Paper 11/17.

Daniel Seikel

**Wie die Europäische Kommission Liberalisierung durchsetzt: Der Konflikt um das öffentlich-rechtliche Bankenwesen in Deutschland.** MPIfG Discussion Paper 11/16.

Wolfgang Streeck

**The Crisis in Context: Democratic Capitalism and Its Contradictions.** MPIfG Discussion Paper 11/15.

Philip Mader

**Making the Poor Pay for Public Goods via Microfinance: Economic and Political Pitfalls in the Case of Water and Sanitation.** MPIfG Discussion Paper 11/14.

Marius R. Busemeyer

**Varieties of Cross-Class Coalitions in the Politics of Dualization: Insights from the Case of Vocational Training in Germany.** MPIfG Discussion Paper 11/13.

Wolfgang Streeck and Daniel Mertens

**Fiscal Austerity and Public Investment: Is the Possible the Enemy of the Necessary?** MPIfG Discussion Paper 11/12.

Fritz W. Scharpf

**Monetary Union, Fiscal Crisis and the Preemption of Democracy.** MPIfG Discussion Paper 11/11.

New source: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften* 9(2), 2011, 163–198.

- Abstracts und Download  
[www.mpifg.de/pu/discpapers\\_de.asp](http://www.mpifg.de/pu/discpapers_de.asp)

# NEUERSCHEINUNGEN :

Thomas Kalinowski

**Regulating International Finance and the Evolving Imbalance of Capitalisms since the 1970s.** MPIfG Discussion Paper 11/10.

Jens Beckert and Frank Wehinger

**In the Shadow: Illegal Markets and Economic Sociology.** MPIfG Discussion Paper 11/9.



## MPIfG Working Papers

Jens Beckert

**Die Sittlichkeit der Wirtschaft: Von Effizienz- und Differenzierungstheorien zu einer Theorie wirtschaftlicher Felder.** MPIfG Working Paper 11/8.

Tobias ten Brink

**Kooperation oder Konfrontation? Der Aufstieg Chinas in der globalen politischen Ökonomie.** MPIfG Working Paper 11/7.

Frank Wehinger

**Illegale Märkte: Stand der sozialwissenschaftlichen Forschung. Forschungsbericht aus dem MPIfG.** MPIfG Working Paper 11/6.

- Abstracts und Download  
[www.mpifg.de/pu/workpapers\\_de.asp](http://www.mpifg.de/pu/workpapers_de.asp)

# VERANSTALTUNGEN :

## Konferenzberichte und Vorschau 2011/12

### Umgang mit Instabilität und Unsicherheit Institutstag 2011

17. und 18. November 2011

Am 17. und 18. November fand der diesjährige Institutstag statt. Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung und der Verein der Freunde und Ehemaligen des MPIfG organisieren ihn jedes Jahr gemeinsam. Dieses Mal war die Veranstaltung durch einen Workshop-Stil und den Ausblick auf das neue *Max Planck Sciences Po Centre on Coping with Instability in Market Societies* in



Paris gekennzeichnet. Thematisch zentral war die paradoxe Beziehung zwischen Problemgenerierung und Problemlösung aufgrund internationaler Interdependenzen und durch transnationale Regulierung. Der Eingangsvortrag von Philipp Genschel über transnationale Regulierung der Steuerpolitik riss die Problematik exemplarisch an: Bestrebungen, den internationalen Verkehr von natürlichen und Rechtspersonen unter Beachtung von fairem Wettbewerb und Steuergerechtigkeit zu erleichtern, bewegen sich in einem „Trilemma“: Wird eines der Erfordernisse in der Regulierung berücksichtigt, führt dies zwangsläufig zu Abstrichen an anderen Zielen, sodass neue Regeln nicht einfach bestehende Probleme lösen, sondern gleich neue Probleme aufwerfen. Dies zeigt sich in den Erfahrungen mit einer langen Reihe von Doppelbesteuerungsabkommen, aber auch in den Bestrebungen zur Steuerangleichung in der Europäischen Gemeinschaft. Von der Steuerangleichung waren aber bereits innerhalb eines Nationalstaates wie des Vereinigten Königreichs von Großbritannien „Steuerparadiese“ ausgenommen, wie die Kanalinseln und die Isle of Man, wiewohl oder gerade weil diese einen „Indus-

triedistrikt“ zusammen mit der City of London bildeten. War damit die Ambivalenz der Staatstätigkeit schon sehr deutlich gemacht, so spann Patrick Le Galès diesen Faden am zweiten Tag weiter fort: Der Staat ist weder monolithisch noch eindeutig in seiner Funktion hinsichtlich Wirtschaftsprozessen und sozialen Grundstrukturen. Fraglich ist, ob man von „dem“ Staat sprechen kann. Staaten sind je nach ihrer Gesellschaft recht unterschiedliche Gebilde, die verschiedene Ziele verfolgen und in der Lage sind zu erreichen. Ihr relativer Beitrag zur Stabilisierung verschiebt sich offenbar qualitativ über die Zeit hinweg, so wie sich die Quellen der Instabilität in der Wirtschaft ebenfalls verschieben. Diese Problematik stellt sich in neuerer Zeit verschärft, auch aufgrund der durch überstaatliche Staatlichkeit neu anzugehenden, aber auch neu aufgeworfenen Probleme.

Den konzeptionellen Rahmen der Vorträge reicherten die Podiumsdiskussionen der beiden Tage auf höchst anregende Weise mit Blick auf neue Forschungsfragen an. In der ersten Diskussionsrunde über transnationale Regulierung beschrieb Renate Mayntz laufende Arbeiten über die politische Bewältigung der Finanzkrise, Sigrid Quack präsentierte neue Formen transnationaler Regulierung und Eigentumsrechte, und Susanne K. Schmidt erläuterte politische Mehrebenenprobleme. Martin Höpner konfrontierte europäische Politik mit der Notwendigkeit, Schutz für nationale Regeln oder Regulierung zu gewähren, und Reiner Hoffmann erläuterte die Problematik der Verflechtung von Arbeitsbeziehungen über Grenzen hinweg aus der gewerkschaftlichen Erfahrung.

In der Podiumsdiskussion des zweiten Tages stellten Jens Beckert, Patrick le Galès, Christine Musselin und Wolfgang Streeck die Grundlagen eines neuen Kooperationsvorhabens vor. In einem von Sciences Po und



## VERANSTALTUNGEN :

MPIfG gemeinsam gegründeten Forschungszentrum wird die vergleichende Analyse des Umgangs von privaten und staatlichen Organisationen mit Unsicherheit und Instabilität aufs Korn genommen. Insofern war entsprechend dem Workshop-Charakter der Veranstaltung ein abschließender Höhepunkt nicht die Besichtigung eines serienreifen Prototyps, sondern der Blick in die Blaupausen der Projektentwicklung. Zudem zeigte sich an verschiedenen Stellen der Diskussion, wie Wolfgang Streeck ausführte, die Bedeutung dialektischer Entwicklungen über die Zeit hinweg. Damit leuchtete eine offizielle Mitteilung sehr ein: Das MPIfG wird eine dritte Direktorenstelle auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialgeschichte einrichten und besetzen.

*Arndt Sorge, Universität Potsdam*

- Verein der Freunde und Ehemaligen des MPIfG  
[www.mpifg.de/friends](http://www.mpifg.de/friends)

### **Bringing Organizations Back In – Bridging Economic Sociology and Political Economy**

#### **Sixth Max Planck Summer Conference on Economy and Sociology**

13.–16. Juli 2011

Im Mittelpunkt der diesjährigen Max Planck Summer Conference auf Schloß Ringberg standen Fragen nach dem Zusammenwirken von Organisationen, Marktordnungen und Regulierung. Fünfundzwanzig Wissenschaftler und Doktoranden der International *Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy* und deren Partnerorganisationen Columbia University, Northwestern University und Sciences Po nahmen an der Konferenz teil. Ziel war, den Austausch und die Diskussion zwischen jungen Nachwuchswissenschaftlern und international führenden Wissenschaftlern zu fördern.

Organisationen und Organisationsnetzwerke spielen sowohl für die soziale Konstitution von Märkten als auch ihre Regulierung eine zentrale Rolle, indem sie



Ressourcenbeschaffung, Identitätsbildung, kollektive Mobilisierung und Entscheidungsfindung beeinflussen. Die Beiträge zur Konferenz erkundeten, inwiefern sich Forschungsstränge in Organisationstheorie, Wirtschaftssoziologie und politischer Ökonomie wechselseitig ergänzen können. Die Vorträge des ersten Vormittags beschäftigten sich mit Organisationsformen und Organisationsdynamiken im Finanzsektor. Diskutiert wurde dabei, inwiefern spezifische Organisationsformen und interne Anreizsysteme zur Eskalation der Finanzkrise beitragen beziehungsweise welche alternativen Organisationsformen ein weniger krisenanfälliges Finanzsystem fördern könnten. Leitthema der Vorträge am zweiten Tag waren Prozesse des Organisationswandels im Bereich von Wissenschaft und Forschung unter Bedingungen zunehmender Vermarktlichung und steigenden Wettbewerbs. Diskutiert wurde unter anderem die Rolle institutioneller Entrepreneurere in der Umgestaltung der institutionellen Rahmenbedingungen. An den Nachmittagen des ersten und zweiten Tages stellten neun Doktoranden ihre Forschungsarbeiten vor, die von den anwesenden Wissenschaftlern ausführlich kommentiert und diskutiert wurden. Die Themen reichten dabei von den politischen und ökonomischen Quellen der Korruption in Organisationen über die Transformation von professionellen Arbeitsmärkten bis hin zum Scheitern organisatorischer Reformen in der Krebsforschung. Die Konferenz schloss mit einem Vortrag zum Verhältnis von marktbasierter, zivilgesellschaftlicher und staatlicher Regulierung sowie einer Paneldiskussion zur Rolle von Organisationen in der Wirtschaftssoziologie und der politischen Ökonomie.

## VERANSTALTUNGEN :

Die abschließende Podiumsdiskussion identifizierte eine Reihe interessanter Wechselwirkungen zwischen Organisationswandel und institutionellem Wandel: So sind Institutionen zum einen konstitutiv für die Organisationsentwicklung, indem sie gesellschaftliche Regeln vorgeben. Zum anderen agieren Organisationen aber häufig als kollektive Akteure, die auf institutionellen Wandel hinwirken. Im Zuge von Prozessen der Liberalisierung lässt sich beispielsweise ein Wandel von bürokratisch-hierarchischen Organisationen hin zu quasi-marktlichen Organisationsformen feststellen. Im Gegenzug trägt die zunehmende Vernetzung von Organisationen in Märkten sowie der Regulierungsorganisationen zu einer Institutionalisierung spezifischer Marktordnungen bei. Kognitive und kulturelle Faktoren bewirken, dass bestimmte Organisationsformen als angemessener für spezifische wirtschaftliche und politische Zwecke angesehen werden als andere. Werden sie einbezogen, kann dies – so ein Ergebnis der Tagung – zu einem besseren Verständnis von Bewertungs-, Wettbewerbs- und Koordinationsprozessen in der Marktsoziologie und Regulierungsprozessen in der politischen Ökonomie führen.

*Sigrid Quack*

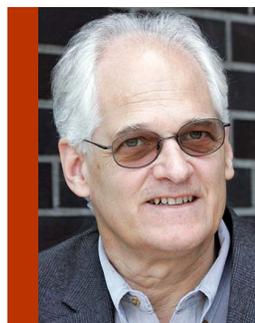
- Website des Workshops  
[www.mpifg.de/projects/SummerConference2011](http://www.mpifg.de/projects/SummerConference2011)

### Scholar in Residence Lectures

„Die Politik gemeinsamer Investitionsentscheidungen im Wandel“

J. Nicholas Ziegler

Die entwickelten politischen Ökonomien sehen sich heute mit wachsenden Herausforderungen im Bereich der Kapitalmarktregulierung konfrontiert. Angesichts der gestiegenen Bedeutung der Kapitalmärkte ist die Politik zunehmend auf indirekte Methoden der Regulierung und auf die Selbstregulierung durch die Finanzmarktakteure angewiesen. Drei Vorträge von J. Nicholas Ziegler im Mai und Juli 2011 behandelten



Bausteine einer Theorie politischer Regulierung, die die Bedeutung organisierter Interessen nach der Ingangsetzung von Reformen in Rechnung stellt. Gegenstand waren die institutionellen Bedingungen in den USA

und in Deutschland, vor deren Hintergrund private Ressourcen öffentlichen Zielen anheimgestellt werden.

## Vorschau 2012

### Vortragsreihe „Politik und Recht jenseits des Nationalstaats“

Donnerstag, 12. Januar 2012 | 17:00

#### **The Political Economy of the Euro Crisis**

Erik Jones, Johns Hopkins University

Donnerstag, 26. Januar 2012 | 17:00

#### **Transnational Social Movements and Global Politics**

Donatella della Porta, European University Institute

- Veranstaltungsübersicht auf der MPIfG-Website  
[www.mpifg.de/aktuelles/veranstaltungen\\_de.asp](http://www.mpifg.de/aktuelles/veranstaltungen_de.asp)

- Anmeldung zu den Veranstaltungen  
[info@mpifg.de](mailto:info@mpifg.de)

### Weitere Veranstaltungen

Mittwoch, 8. Februar 2012 | 13:30

#### **Die Konstruktion und Verwendung der Zukunft auf Finanzmärkten**

Elena Esposito, Università di Modena e Reggio Emilia  
Öffentlicher Vortrag

# IMPRESSUM :

Der Newsletter „Gesellschaftsforschung“ ist ein kostenloser Service, der Sie zwei- bis dreimal im Jahr per E-Mail-Versand über Forschungsergebnisse, Publikationen, Veranstaltungen und vieles mehr aus dem MPIfG informiert. Abonnement und weitere Ausgaben unter [www.mpifg.de/newsletter](http://www.mpifg.de/newsletter)

© Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung  
Köln, Dezember 2011

In Absprache mit der Redaktion frei zum Nachdruck.  
Abdruck nur mit Quellenangabe.

## Herausgeber

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung  
Paulstr. 3 | 50676 Köln  
Tel. 0221 2767-0  
Fax 0221 2767-555  
[www.mpifg.de](http://www.mpifg.de)  
[info@mpifg.de](mailto:info@mpifg.de)

## Redaktion

Helen Callaghan, Christel Schommertz (verantw.)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autorin oder des Autors wieder und sind nicht als offizielle Stellungnahme des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung zu verstehen.

## Bildnachweis

ullstein bild – Mohr 1, pa/Adrian Bradshaw 5, Caro/Oberhaeuser 7, pa/Stephen Shaver 9, ullstein bild – sinopictures/ViewChina 11, Universität zu Köln 15 o., Rolf G. Heinze 19, IW Köln 23 l., MPIfG 2, 10, 12, 13, 15 u., 17, 22, 23 u., 24, 29, 30, 31

## Gestaltung

zefo – Zentrum für Forschungskommunikation, Köln

## Satz

Jeanette Störtte, Berlin

## Das MPIfG

Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung ist eines der rund achtzig Institute der Max-Planck-Gesellschaft e.V., die von Bund und Ländern finanziert wird. Als eine Einrichtung der Spitzenforschung in den Sozialwissenschaften betreibt es anwendungsorientierte Grundlagenforschung mit dem Ziel einer empirisch fundierten Theorie der sozialen und politischen Grundlagen moderner Wirtschaftsordnungen. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen ökonomischem, sozialem und politischem Handeln. Das Institut schlägt eine Brücke zwischen Theorie und Politik und leistet einen Beitrag zur politischen Diskussion über zentrale Fragen moderner Gesellschaften. Es ist bei der Auswahl und Verwirklichung seiner Forschungsvorhaben frei und unabhängig.

## MPIfG Jahrbuch 2011–2012

Das Jahrbuch erscheint alle zwei Jahre und informiert mit anschaulichen Artikeln über aktuelle Forschungsprojekte. Die gerade erschienene Ausgabe stellt elf Projekte vor, blickt zurück auf das 25-jährige Jubiläum des MPIfG im Jahr 2009 und porträtiert die Gründungsdirektorin Renate Mayntz. Ein Interview des Journalisten Ralf Bollmann mit Renate Mayntz, Christoph Deutschmann und J. Nicholas Ziegler zeigt deutsche und amerikanische Perspektiven auf die Staats- und Finanzkrise.



● Download  
[www.mpifg.de/pu/ueber\\_mpifg\\_de.asp](http://www.mpifg.de/pu/ueber_mpifg_de.asp)

Bestellung  
[info@mpifg.de](mailto:info@mpifg.de)